

Untersuchungen über den Einfluss des Krieges auf das Volksvermögen.

Von **Corrado Gini**, Professor der Statistik an der Universität Padua.
(Übertragen von *Dora Schmidt*.)

Inhaltsübersicht.

1. Anschauungen über den Einfluss des vergangenen Krieges auf das Vermögen der Völker und die vermutlichen Wirkungen früherer Kriege.	Seite 135
2. Schwierigkeiten in der Einschätzung der Volksvermögen bei schwankender wirtschaftlicher und finanzieller Lage der Staaten.	136
3. Schwierigkeiten bei der Einschätzung vorhandener Vorräte	136
4. Schwierigkeiten, die durch das Vorhandensein von im In- und Ausland aufgenommenen Schulden erwachsen, die nicht aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden können.	136
5. Schwierigkeiten, die durch im Ausland vorhandenes Papiergeld verursacht werden	139
6. Schwierigkeiten aus der Veränderung der Kaufkraft des Geldes	140
7. Hypothesen, die den in Geld ausgedrückten Schätzungen des Volksvermögens zugrunde liegen, und ihre Hinfälligkeit in anormalen Zeiten.	141
8. Veränderungen im Verhältnis des Wertes der materiellen Güter zum Wert der «menschlichen Kapitalien» einer Nation.	142
9. Die Verminderung der Volksvermögen kann nicht den Kriegskosten gleichgesetzt werden.	142
10. Auch nicht dem Anwachsen der ungedeckten öffentlichen Schuld.	143
11. Auch nicht den vom Feinde eingeforderten Kriegsschädigungen	143
12. Verluste von Vermögenswerten, die durch den Krieg von einer Nation an eine andere übergegangen sind . .	144
13. Die Zerstörung von Mobilien und Immobilien	145
14. Die Abnutzung von Mobilien und Immobilien	145
15. Der Einfluss der Inflation	146
16. Wirkungen des Krieges auf das «menschliche Kapital»	147
17. Analyse der Produktionsfaktoren und ihrer Beeinflussung durch den Krieg	149
18. Analyse der Akkumulationsfaktoren und ihrer Beeinflussung durch den Krieg	150
19. Die Hauptursache der Vermögensvermehrung, die sich bisweilen als Folge der Kriege zeigt.	152

1. Die heute herrschende Meinung geht dahin, der vergangene Krieg habe auf das Volksvermögen, wenigstens auf das der kriegführenden Staaten, einen verheerenden Einfluss ausgeübt. Einzelne Pessimisten halten die europäische Zivilisation überhaupt für gefährdet. Aber auch abgesehen von diesen Schwarzsehern wird doch mancherorts die Ansicht vertreten, das Volksvermögen sei so ernstlich geschädigt, dass erst nach vielen Jahrzehnten der Vorkriegsstand wieder erreicht werden könne.

Untersucht man jedoch, soweit das vorhandene Material es gestattet, für grössere Zeiträume den Stand der Volksvermögen und wünscht, dabei aus geschichtlichen Tatsachen Erkenntnis für heute zu schöpfen, so wird man als Folge von Kriegen oft nur eine unmerkliche Verminderung der Vermögenssubstanz oder eine sehr geringe Verlangsamung der Vermögensbildung wahrnehmen. Als Beispiele mögen das englische Volksvermögen in den napoleonischen Kriegen, das von Amerika in den Sezessionskriegen und das französische im Siebzigerkriege gelten ¹⁾. Im Gegenteil hat nach der Meinung einzelner Forscher ein Krieg oft eine verstärkte Wiederaufnahme der ökonomischen Entwicklung einer Nation hervorgerufen. Er wirkte wie ein Peitschenhieb auf einen träg gewordenen Organismus.

Man wird allerdings einwenden können, dass die Einschätzung des Volksreichtums so viele Annäherungswerte enthalte, dass ganz bedeutende Schwankungen unbeachtet bleiben können. Doch ist es eher unwahrscheinlich, dass einschneidende Veränderungen im Volksreichtum unbemerkt geblieben wären. Eines aber muss zugegeben werden: in je kürzerer Zeit sich der wirtschaftliche Wiederaufbau vollzog, desto geringer ist der Niederschlag der Kriegswirkungen in den ohnehin summarischen Angaben der Ökonomen und Statistiker. Auch ein zweiter Einwand wäre wohlbegründet: auf Grund so kurzer historischer Erfahrung könnten keine allgemein gültigen Schlüsse gezogen werden, die ein Urteil über die Wirkungen des letzten Krieges vorausszusagen erlaubten. Man kennt ja das Schicksal von Nationen in geschichtlich weitzurückliegenden Epochen, die sich nach einer Niederlage überhaupt nicht mehr erheben konnten. Dagegen muss man aber in Betracht ziehen, dass erst in modernen Verhältnissen die Zivilbevölkerung und das Privatvermögen in einem Kriege bis zu einem gewissen Grade Schonung erfuhren. Nur in modernen Zeiten haben sich Kriege zwischen Wirtschaftskörpern abgespielt, die den heutigen ähnlich sind. Nur sie können also Mass-

¹⁾ Vgl. hierzu die Ergebnisse der Schätzungen der Vermögen dieser Staaten in verschiedenen Zeitpunkten in meinem Buche *L'Ammontare e la composizione della ricchezza delle nazioni*, Turin 1914, S. 553, 557 und 582.

stäbe für die Beurteilung der mutmasslichen Wirkung des letzten Krieges liefern. Ausserdem fällt für die Beurteilung der heutigen Lage ein psychologisches Moment erschwerend in Betracht: es ist die Beeinflussung des Urteils über die Kriegsschäden durch die zurzeit noch schwebenden Diskussionen über die Reparationsprobleme und die interalliierten Schulden. Die Sieger neigen natürlich dazu, die erlittenen Schäden und die noch andauernden Schwierigkeiten zu übertreiben, die Dinge aufzubauschen. Sie folgen darin einem natürlichen Hang der Menschen. Die Besiegten andererseits verlegen sich darauf, mit einer ebenso verständlichen Übertreibungssucht ihr Elend recht krass hinzustellen, um ihre Zahlungsunfähigkeit darzutun. Die relativ kurze Nachkriegszeit hat uns übrigens schon das Schauspiel der raschen Gesundung eines Staates gegeben, dessen Wiederaufkommen vielfach in Zweifel gezogen worden war. Ich meine Deutsch-Österreich.

Diese Tatsachen können verschieden ausgelegt werden, bringen aber die Idee näher, dass das Problem der Kriegswirkungen auf den Reichtum der Nationen genauer analysiert werden muss, als es bisher geschehen ist. Ich habe daher mit Vergnügen der ehrenvollen Aufforderung der rühmlich bekannten Schweizerischen Statistischen Gesellschaft Folge geleistet, zu ihrem Jubiläum einige Untersuchungen zu diesem Problem durchzuführen.

2. Es muss vor allem festgestellt werden, dass wir noch für keinen der Staaten, die am Weltkrieg beteiligt waren, imstande sind, eine Bewertung des Volksvermögens nach Kriegsschluss vorzunehmen, die man mit Vorkriegsbewertungen vergleichen könnte. Die Einschätzung des Volksvermögens ist eine Aufgabe, die vorsichtiges Vorgehen verlangt. Sie enthält immer eine Reihe von Hypothesen, die nur dann einigermaßen der Wirklichkeit nahekommen, wenn sich der Wirtschaftskörper annähernd in Ruhe befindet. Ist diese Bedingung nicht erfüllt, so entbehrt die Einschätzung der Genauigkeit. Es tritt dann etwas Ähnliches ein wie bei gewissen *physikalischen* Messungen, z. B. beim Abwägen von Körpern. Diese können auch nicht präzise ausgeführt werden, wenn die Gegenstände sich bewegen.

Die genannten Hypothesen sind verschiedener Art, die durch sie bedingten Schwierigkeiten noch vielgestaltiger.

3. Eine erste Schwierigkeit, sichernicht die bedeutendste, bietet die Einschätzung der vorhandenen Vorräte: Waren, die in Schiffsräumen schlummern, auf Docks liegen, in Lagerhäusern verstaut und bei den Produzenten, den Gross- und Kleinhändlern und den Verbrauchern aufgehäuft sind. Sie werden in der Regel nach Prozenten der produzierten und importierten Waren eingeschätzt, und die Zahl dieser Prozente ist für einige wenige Staaten

auf Grund ihrer Feststellungen in normalen Zeiten, in denen Angebot und Nachfrage sich annähernd die Wage hielten, errechnet worden.

In Zeiten von Absatz- und Finanzkrisen gelten diese Prozentzahlen jedoch nicht mehr. Immerhin sollte der Einfluss der Konjunkturschwankungen auf dieselben nicht überschätzt werden. In normalen Zeiten kann man, nach Untersuchungen, die ich für verschiedene Länder durchgeführt habe, den Anteil der Vorräte am Volksreichtum auf 5 bis 10 % veranschlagen. Starke Abweichungen von diesem Prozentsatz werden kaum vorkommen. Auch in Zeiten von Wirtschaftskrisen wird das Volksvermögen durch diesen Posten schwerlich mehr als 5 % vermehrt oder vermindert werden. 5 % bedeuten aber nur eine geringe Abweichung, die auch bei andern, weit sicherern Einschätzungen nicht vermieden werden kann.

4. Mehr Schwierigkeit bietet jedoch das Vorhandensein ungedeckter verzinslicher Schulden des Staates (und anderer zur Erhebung von Steuern berechtigter öffentlicher Körperschaften), sofern ihre Abtragung und Verzinsung nicht durch ordentliche Steuereingänge gedeckt ist.

Könnte der Schuldendienst aus den laufenden Einnahmen bestritten werden, so würde keine Schwierigkeit für die Bemessung des Volksvermögens daraus entstehen.

Nehmen wir z. B. eine Schuld an, die, wie meistens üblich, gegen Schuldverschreibungen bei privaten Gläubigern aufgenommen wurde und deren Verzinsung durch Steuereingänge gedeckt ist. Diese Schuldverschreibungen würden allerdings als Vermögensbestandteile der privaten Inhaber figurieren. Dagegen würden die Steuern die Erträge anderer Vermögensbestandteile kürzen. Durch die Belastung der Erträge durch Steuern würde ihr Verkehrswert natürlich vermindert. Summiert man nun den Verkehrswert der Einzelvermögen, um so den Gesamtwert der Privatvermögen festzustellen, die den Hauptbestandteil des Volksvermögens bilden, so muss einerseits der Wertverminderung der besteuerten Vermögensbestandteile Rechnung getragen werden, andererseits der Vermögensvermehrung durch den Besitz der Schuldtitel.

Wird nun aber der Schuldendienst nicht aus ordentlichen Einnahmen gedeckt, so muss diese Art der Vermögenseinbusse nicht eintreten. Das eine oder andere Vorgehen ist aber in Zukunft unvermeidlich: *entweder* bestreitet der Staat den Schuldendienst aus ordentlichen oder ausserordentlichen Einnahmen; er auferlegt dann neue Steuern, *oder* er verwendet die Erträge von Steuern, die er sonst hätte verringern oder aufheben können, *oder* er entzieht sich seinen Verpflichtungen.

Sind nun die Schuldverschreibungen im Inland geblieben, so würde das eine oder andere Vorgehen für den Gesamtwert der Privatvermögen die gleiche Wirkung erzielen. Auf eine der beiden Arten muss bezahlt werden, und es wird somit entweder das Einkommen durch Steuern reduziert, oder der Vermögenswert der Staatsschuldverschreibungen verflüchtigt sich. Streng genommen müsste man deshalb bei der Schätzung des Verkehrswertes von Gütern dieser Tatsache als einer Gefahr Rechnung tragen, die allen Arten von Gütern anhaftet, denn in dem Augenblicke, da sie sich verwirklicht, kann sie die eine oder die andere Kategorie von Gütern treffen. Wenn man also die Schätzung der Verkehrswerte nach streng ökonomischen Gesichtspunkten durchführen will, so muss man die Last berücksichtigen, die durch das Vorhandensein von nicht gedeckten Schulden der öffentlichen Körper geschaffen wird. In der Praxis wird es aber äusserst schwierig, ja vielleicht unmöglich sein, die Schätzung mit solcher Genauigkeit durchzuführen.

Bis zu einem gewissen Grade wird der eben erwähnten Gefahr ja Rechnung getragen. Doch scheint es der menschlichen Voraussicht unmöglich, sie ihrer Wichtigkeit entsprechend zu beachten. Ob nun der Staat seine Schuld nicht mehr anerkennt oder sie durch Steuererträge deckt und so auf die eine oder andere Art das Gleichgewicht seiner Finanzen wieder herstellt — auf alle Fälle würden die Privatvermögen in ihrem Wert herabgemindert, wenn vielleicht auch nicht um den vollen Betrag der tatsächlich bestehenden Schuld. Wenn wir daher vom Privatvermögen den vollen Betrag der schwebenden Schuld abziehen, so würde dieser Abzug gewiss zu hoch bemessen sein. Wenn wir sie aber überhaupt nicht in Abzug bringen, so würden wir das private Volksvermögen zu hoch veranschlagen, verglichen mit der Summe, die wir einsetzen dürften, wenn die öffentliche Schuld nicht existierte oder mindestens die Form der konsolidierten und sich selbst verzinsenden Schuld hätte.

Theoretisch ist die Situation des Staates und der privaten Gläubiger nicht viel anders, wenn es sich statt um eine reguläre Staatsschuldverschreibung um eine nicht verbrieftete Verpflichtung des Staates handelt, wie etwa um die Pflicht, für Kriegsschäden aufzukommen. Praktisch ergeben sich aber einige Unterschiede. Es ist nämlich

- a) der Betrag der Schuld ungewiss;
- b) die Schuld nicht in börsengängigen Papieren vorhanden, die ihren Verkehrswert haben und im Betrag dieses Verkehrswertes als Aktivum bei der Einschätzung der privaten Vermögen figurieren. Immerhin kann der Gläubiger dieser staatlichen Verpflichtungen dieselben als Bestandteil seines

Vermögens bewerten und kann sie auch an andere abtreten.

Der Fall wird noch kompliziert, wenn die ungedeckte Schuld nicht gegenüber im Inland Wohnenden besteht, sondern bei ausländischen Gläubigern aufgenommen wurde. Dann sind die beiden Wege, die Schuld aufzuheben, nämlich die Deckung durch Steuern oder die Repudiation, weder für den Reichtum des Schuldnerstaates noch für die Staaten, denen die Gläubiger wirtschaftlich angehören, von gleicher Bedeutung. Der Einfluss einer ungedeckten Schuld, die zum Teil gegenüber Gläubigern im Ausland besteht, auf die Bewertung des Volksvermögens (in der Richtung der Verminderung) wird um so stärker oder schwächer sein, je nachdem im Inland die eine oder andere Ablösung der Schuld vorgesehen wird. Desgleichen ist der Einfluss, den sie auf die Bewertung der um die Schuldtitel vermehrten Vermögen in den Gläubigerländern ausübt, mehr oder weniger stark, wenn auf den ausländischen Märkten die eine oder andere Lösung für wahrscheinlich gehalten wird. Dabei ist nicht gesagt, dass Ausländer und Inländer die gleiche Lösung voraussehen müssen. Es ist somit nicht nur das Volksvermögen des Schuldnerstaates und der Gläubigerstaaten, jedes für sich, bei einer ungedeckten Schuld anders zu bewerten als bei finanziellem Gleichgewicht, sondern es wird sich auch sehr wahrscheinlich eine andere Summe der verschiedenen Volksvermögen ergeben.

Es ändert theoretisch nichts daran, ob nun der Staat gegenüber ausländischen Privatpersonen oder gegenüber ausländischen Staaten als solchen verschuldet ist. Stets müssen die Privatpersonen im ausländischen Gläubigerstaate, wenn sie ihre Vermögen ökonomisch richtig bewerten wollen, mit der Rückzahlung der Schulden rechnen. Dies bedeutet für sie eine Erleichterung, mindestens eine geringere Zunahme der öffentlichen Lasten, oder aber es resultiert eine Verbesserung der öffentlichen Verwaltung, die den ausländischen Vermögensbesitzern irgendwie zugute kommt. Sie würden dadurch in die Lage versetzt, ihre eigenen Vermögen höher einzuschätzen, als sie es tun dürften, wenn der Staat, dem sie wirtschaftlich angehören, diese Guthaben nicht besässe. Wahrscheinlich wird man auch dieser Tatsache nur ungenügend gerecht. Wohl wird die Schätzung der Privatvermögen der Gläubigerstaaten zu höhern Resultaten führen, als wenn die besagten Guthaben nicht vorhanden wären; aber man wird doch nicht so hoch gehen, wie wenn die Schuld nach ihrem tatsächlichen Wert bereits zurückbezahlt wäre.

Die Berechnung nimmt ausserdem noch dadurch an Ungenauigkeit zu, dass nicht allein die Rückzahlung einiger dieser Schulden zweifelhaft, sondern dass auch der Betrag der Schuld umstritten ist: so bei den Reparationen.

Schliesslich kann auch derselbe Staat Gläubiger gegenüber dem Inland und Schuldner sowohl gegenüber Auslandstaaten als gegenüber dem Inland sein. So verhält es sich für Frankreich und Italien, die einerseits Gläubiger Deutschlands und Österreichs sind (Frankreich auch noch gegenüber Russland und einigen Balkanstaaten) und Schuldner gegenüber England und den Vereinigten Staaten. Und überdies arbeiten diese Staaten noch mit einer Unterbilanz.

Es sollte z. B. der italienische Markt bei der Bewertung von Grund und Boden nicht nur die Erträge, die Produktionskosten, die Erneuerungs- und Verwaltungskosten und die effektive fiskalische Belastung berücksichtigen, sondern auch:

a) die Möglichkeit, dass die Lasten steigen werden, wenn das Defizit, dessen Betrag bekannt ist, aus der Besteuerung aus Grund und Boden gedeckt werden sollte, oder dass noch andere Massnahmen ergriffen werden könnten, die die Grundeigentümer schädigen (dass z. B. Vorkehrungen getroffen werden, die die Vollkommenheit der öffentlichen Verwaltung, aus der die Grundeigentümer bisher Vorteil zogen, zu deren Ungunsten herabmindern würde);

b) die Möglichkeit einer ähnlichen Belastung durch die Vereinbarung günstigerer oder ungünstigerer Zahlungsbedingungen für die vorhandenen Verpflichtungen gegenüber England und den Vereinigten Staaten. Es ist in diesem Falle eben nicht nur ungewiss, was für Folgen diese Zahlungen für das Grundeigentum zeitigen werden, sondern auch der Umfang dieser Zahlungen und die Zahlungsmodalitäten;

c) die möglichen Folgen der entgegengesetzten Verpflichtungen Deutschlands, Österreichs und Bulgariens gegenüber Italien, die in den allerdings noch in weiter Ferne liegenden Reparationszahlungen bestehen. Diese Zahlungsverpflichtungen und ihre Tragweite für unser Grundeigentum sind wiederum ungewiss, weil man nicht weiss, wieviel und wann z. B. Deutschland zahlen wird und ausserdem nicht weiss, ob Österreich und Bulgarien überhaupt etwas von ihren Verpflichtungen einlösen werden;

d) die Möglichkeit des Anrechts auf Wiederaufbau, sofern es sich um verwüstetes Gebiet handelt. Dies ist ein Recht, das mit den genannten Gebietsteilen abgetreten werden kann. Doch muss in Betracht gezogen werden, dass die Kosten des Wiederaufbaus vielleicht durch höhere Steuern gedeckt werden müssen, und dass infolgedessen eine Verminderung der öffentlichen Lasten nicht stattfinden kann, oder dass wiederum eine Verschlechterung des öffentlichen Verwaltungsdienstes, eben infolge dieser vermehrten öffentlichen Lasten, eintreten kann, der ebenfalls in gewissem Mass den Immobilienbesitz belasten wird.

Nun sind diese Gegebenheiten in doppelter Hinsicht Ursache für die Unsicherheit in der Einschätzung des Grundeigentums. Sie wird einmal dadurch bedingt, dass Eintritt und Umfang dieser Auszahlungen unsicher sind; dann aber auch dadurch, dass die Einschätzung, die diese Ereignisse auf dem Grundstücksmarkt erfahren, unberechenbar ist. Je unsicherer diese Ereignisse und ihre voraussichtlichen Folgen für den Grundstücksmarkt sind, desto schwieriger ist auf alle Fälle ihre vernünftige Berücksichtigung bei der Einschätzung der Objekte, um so schwankender gestaltet sich ihre Bewertung, und um so grösser ist die Unsicherheit über die Höhe des gesamten Privatvermögens.

Man hört oft sagen: da die Bezahlung der Reparationen und der interalliierten Schulden so unsicher sei, wäre es besser, das Volksvermögen unabhängig von ihnen einzuschätzen. Die obigen Überlegungen zeigen aber deutlich, dass dies nicht möglich ist, denn die Bewertungen des Marktes tragen in gewissem Masse der Möglichkeit dieser Zahlungen schon Rechnung; was jedoch nicht festgestellt werden kann, ist, in welchem Umfang sie schon berücksichtigt worden sind.

Sicherlich wäre es möglich, zwei Grenzen für die Höhe des Volksvermögens aufzustellen, eine Maximal- und eine Minimalgrenze. Für Italien beispielsweise könnte eine Maximalgrenze unter Zugrundelegung folgender Hypothesen aufgestellt werden:

- a) es wird bei der Einschätzung der Verkehrswerte der Reparationszahlungen der Feinde überhaupt nicht Rechnung getragen. Diese aber werden doch vollständig geleistet;
- b) es wird im Gegenteil die uneingeschränkte Zahlung der öffentlichen Schulden im Inland und im Ausland angenommen. Dadurch würde man dazu gelangen, zu dem nach Verkehrswerten eingeschätzten Volksvermögen den ganzen Teil der Reparationen, der Italien zugedacht ist, hinzuzufügen und gar keinen Abzug für die schwebende Schuld gegenüber dem Inland und dem Ausland zu machen.

Andererseits könnte auf Grund der entgegengesetzten Hypothesen eine Minimallimite aufgestellt werden. Die Hypothesen wären:

- a) dass bei den Bewertungen auf dem Markte der Tatsache der feindlichen Reparationszahlungen in vollem Umfange Rechnung getragen wurde;
- b) dass dagegen der Zahlung der schwebenden Schuld nach innen und nach aussen nicht die Beachtung geschenkt wurde, die ihr voll und ganz gebührt. Bei diesem Vorgehen würde dann bei der Einschätzung des Volksvermögens auf Grund der Marktpreise noch der volle Betrag der ungedeckten in-

ländischen Schuld abzuziehen sein und ausserdem noch der Betrag aller nicht gedeckten Schulden gegenüber dem Auslande und der fälligen Zinsen, ausgedrückt in italienischer Währung umgerechnet zum Tageskurs.

Diese beiden Grenzen könnten sicherlich bei den vorliegenden Problemen zur Orientierung dienen; will man aber ihren Wert für die Einschätzung beurteilen, so muss man sich gegenwärtig halten, dass sie sicherlich um einen Betrag von mindestens 100 bis 150 Milliarden Lire voneinander entfernt sind. Die approximativen Werte des Volksvermögens in der Nachkriegszeit sind somit nur sehr ungenau gewonnen. Die Spannung dieser Maximal- und Minimallimite betrüge für Italien ungefähr $\frac{1}{5}$ des gesuchten Gesamtbetrages des Volksvermögens.

5. Eine ähnliche Schwierigkeit erwächst aus dem Vorhandensein von Papiergeld.

Das Vorhandensein von Papiergeld im Innern des Staates birgt für die Einschätzung des Volksvermögens keine Schwierigkeiten, soweit wenigstens der Veränderung der innern Kaufkraft des Geldes Rechnung getragen werden kann. Es ist bekannt, wie man dies vermittelst der Indexzahlen zu erreichen sucht. Dass diese Indexzahlen nicht genügen, um das Ziel völlig zu erreichen, und welche bemerkenswerten Schwierigkeiten daraus für die Einschätzung der Volksvermögen nach dem Kriege erwachsen, soll Gegenstand der folgenden Ausführungen sein.

Doch soll vorderhand von diesen Problemen noch abgesehen und ein anderes aufgegriffen werden, nämlich die Schwierigkeiten, die aus dem Vorhandensein von Papiergeld *im Ausland* entstehen.

Das Papiergeld, das im Auslande im Umlauf ist, wird selbstverständlich mit der Zeit verschwinden. Doch kann dies auf verschiedene Weise vor sich gehen:

a) es kann der Staat dasselbe durch ein öffentliches Anleihen absorbieren. Dieses System wurde schon von einigen Staaten angewandt, z. B. von Finnland in der Zeit nach dem Kriege. Die Lösung kommt einer Verminderung des Volkseinkommens um den Betrag der Zinsen, die für die öffentliche Schuld im Ausland bezahlt werden müssen, gleich. Dieser Fall deckt sich mit dem oben dargestellten Beispiel einer an das Ausland kontrahierten öffentlichen Schuld, und es können hier die gleichen Argumente geltend gemacht werden;

b) oder das Papiergeld wird langsam vom innern Markt absorbiert, wie es heute wahrscheinlich für Italien der Fall ist. Diese Lösung bedeutet für das Privatvermögen einen Verlust, der dem Wert der Güter entspricht, die für das Papiergeld hingegeben worden sind. Aber der Verlust wird nicht allein von denen verspürt, die solche

Güter verkauft haben, sondern von ihnen *und* von andern Besitzern von Papiergeld, und zwar in dem Masse, als das Eindringen von neuem Gelde auf den innern Markt die Wirkung hat, die Kaufkraft des alten und des neuen Geldes zu verringern. Wird der Aussicht auf eine solche Lösung genau Rechnung getragen, so muss dem Geld eine einheitlich geringere Kaufkraft beigegeben werden, als den gesamten, jetzt im Umlauf befindlichen Zahlungsmitteln zugemessen werden kann. Bei gleichbleibenden andern Umständen müssten dadurch die Preise ansteigen, und zwar um einen höhern Betrag als um die Vermehrung des Geldumlaufs im Innern des Landes. Mit andern Worten: die Kaufkraft der im Innern des Landes vorhandenen Geldmenge müsste geringer eingeschätzt werden. Oder mit noch andern Worten: sobald der Einfluss der Preise ausgeschaltet ist, wird die vorhandene Geldmenge im Verhältnis zu den andern Vermögenswerten einen kleinern Betrag darstellen, als wenn man dieser Möglichkeit nicht Rechnung getragen hätte.

Betrachtet man gesondert den in Bargeld bestehenden Teil der Privatvermögen und schaltet man den Einfluss der Preisveränderungen aus, so müsste man eigentlich, wie wir vorausgesehen haben, dazu kommen, einer Vermögensverminderung Rechnung zu tragen, die durch die Resorption des im Ausland befindlichen Papiergeldes durch den innern Markt bewirkt wird;

c) oder der Staat stösst das Papiergeld an das Ausland ab, wie es nach meiner Ansicht von einigen Staaten getan worden ist. Eines der hierzu geeigneten Mittel ist, für einige Zeit die Grenze zu schliessen, das im Inland befindliche Geld abzustempeln oder durch neues zu ersetzen und diesem abgestempelten oder neuen Gelde allein den Charakter des gesetzlichen Zahlungsmittels zuzuerkennen. Diese Lösung bedeutet keine Verminderung des Volksvermögens im Inland; sie bewirkt lediglich eine Vermögensverminderung in denjenigen ausländischen Staaten, in denen Papiergeld zurückgehalten worden war;

d) es kann ein Land, ohne das Papiergeld zurückzuweisen, durch sukzessive Neuausgabe von Papiergeld im Inland faktisch die Kaufkraft des vorhandenen Geldes und so auch die Kaufkraft des im Ausland liegenden Papiergeldes reduzieren. Dieses Vorgehen hat zur Voraussetzung, dass das sukzessive neu emittierte Papiergeld seinerseits nicht ins Ausland gelangt. Für die ausländischen Inhaber von Geld und somit für das Volksvermögen der Länder, denen sie angehören, hat diese Lösung die gleiche praktische Wirkung wie die unter lit. c besprochene Repudiation von Zahlungsmitteln. Für das Volksvermögen des Inlandes hat sie die Wirkung, die Preise zu steigern, ein Umstand, dem vermittelst der Indexzahlen Rechnung getragen werden kann. Sie bringt

aber keine Veränderung für das Gesamtvermögen; denn die Preise steigen im gleichen Schritt mit der Vermehrung der Geldmenge. Von den verschiedenen indirekten Folgen der andauernden Emission von Papiergeld soll hier nicht gesprochen werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Das Vorhandensein von Papiergeld im Ausland muss, ähnlich einer an das Ausland kontrahierten Schuld, zu fiskalischen Massnahmen führen, die zum Teil das Volksvermögen unangetastet lassen können, zum Teil aber seine Verminderung herbeiführen müssen. Die Bewertung der Güter durch die Märkte sollte, sofern sie nach wirklich stichhaltigen Grundsätzen durchgeführt wird, diesen voraussichtlichen Veränderungen gerecht werden. Da aber Unsicherheit darüber herrscht, ob der eine oder andere Ausweg gewählt wird und mit dem allgemeinen Mangel an menschlicher Voraussicht gerechnet werden muss, so kann man sich darüber nicht Klarheit verschaffen, inwieweit sie Beachtung gefunden haben.

Man könnte auch hier zu der Berechnung von Maximal- und Minimallimiten greifen, die, wie wir gesehen haben, für die Berechnung der Wirkung einer an das Ausland kontrahierten öffentlichen Schuld benützt werden können. Aber auch hier würde die Fixierung der Grenzen höchst unsicher, ist doch die Quantität des in einem ausländischen Staat befindlichen Geldes nur annähernd bekannt.

6. Wir wenden nunmehr unsere Aufmerksamkeit den Schwierigkeiten zu, die, wie oben erwähnt, aus der veränderten Kaufkraft des Geldes und aus der beschränkten Möglichkeit, ihr durch die Anwendung von Indexziffern Rechnung zu tragen, entstehen.

Vermittels der Indexziffern kann man zwei sehr verschiedene Phänomene messen, die auseinanderzuhalten sind.

Es sind einerseits die Veränderungen in der *physischen Kaufkraft* (*potere fisico di acquisto*) und andererseits die Veränderungen in der *ökonomischen Kaufkraft* (*potere economico di acquisto*) *des Geldes*. Mit andern Worten: man versucht festzustellen, inwiefern sich die Mengen physisch gleichartiger Güter, die mit einer bestimmten Summe Geldes angekauft werden können, verändert haben, oder inwiefern die Menge ökonomisch gleichwertiger Güter, mit andern Worten, die Menge von Nützlichkeiten, die mit einer bestimmten Summe Geldes erworben werden kann, sich verändert hat.

Es ist klar, dass vorerst die Veränderungen der ökonomischen Kaufkraft des Geldes eliminiert werden müssen, will man zu vergleichbaren, in Geld ausgedrückten Einschätzungen des Volksvermögens zu verschiedenen Zeitpunkten gelangen. Nur wenn die Veränderungen der ökonomischen Kaufkraft ausgeschaltet

sind, wird man an den in Geld ausgedrückten, geschätzten Beträgen wirklich feststellen können, inwiefern das Volksvermögen sich verändert hat.

Nun können aber Güter, die materiell die gleichen geblieben sind, aus verschiedenen Ursachen ökonomisch anders bewertet werden. Die möglichen Hauptursachen sind:

- a) die Veränderungen auf der Einkommenseite, die dem Einkommensbezüger durch Vermehrung oder Verminderung von direkten Steuern zugefügt wurden;
- b) die Veränderungen der Erträge verschiedener Vermögensteile, z. B. durch Vermehrung oder Verminderung der Produktionskosten, durch neue technische Errungenschaften, die eine bessere Ausnutzung der Kapitalien ermöglichen;
- c) die zukünftige Sicherheit des Privateigentums;
- d) Veränderungen in Angebot und Nachfrage dieses bestimmten Gutes, die sich entweder aus vermehrter Produktion, aus einem Bevölkerungszuwachs oder aus Bedarfsveränderungen herleiten. Diese Bedarfsveränderungen können durch das Auftauchen neuer Güterarten oder durch subjektive Geschmacksveränderungen hervorgerufen werden.

Die unter *a* und *b* genannten Ursachen verändern *ausschliesslich*, die Ursache *c* *vorzugsweise* die Nützlichkeit (*utilità*) der Rohstoffe und der Produktionsgüter, nicht aber der Konsumgüter. Sie waren besonders in der Kriegs- und Nachkriegszeit wichtig. Wir müssen also aus den Gütern, die wir für die Berechnung der Indexziffer in Betracht ziehen wollen, einen Teil ausschalten und nur die Konsumgüter als Vergleichsbasis für die Höhe der Kaufkraft des Geldes heranziehen. Doch auch ihre Nützlichkeit kann verschieden sein und hat sich auch tatsächlich während der Kriegs- und Nachkriegszeit unter der Auswirkung der Ursache *d* verändert. Neue Bedürfnisse erwachten durch den Kriegszustand. Die Knappheit gewisser Güter, das Vorwiegen anderer, beide haben Veränderungen hervorgerufen, die ganz unabhängig von der konkreten Beschaffenheit der Güter eingetreten sind. Auch heute sind noch nicht alle Störungsmomente verschwunden. Es kann somit ein Index, der die Veränderungen in der Kaufkraft des Geldes gegenüber der Vorkriegszeit ermitteln soll, selbst wenn er ausschliesslich auf den Preisen der Konsumgüter aufgebaut ist, nur einen unvollkommenen Massstab abgeben.

Wir sind also nur annähernd in der Lage, diejenigen Veränderungen in der Kaufkraft des Geldes festzustellen, durch die es uns ermöglicht würde, brauchbare Kriterien für die Vergleichung des Volksvermögens der Vor- und Nachkriegszeit zu gewinnen.

7. Aber es besteht noch eine andere Schwierigkeit.

Wir haben oben von den Veränderungen der ökonomischen Kaufkraft des Geldes gesprochen. Nun hängt aber die ökonomische Kaufkraft des Geldes von der Nützlichkeit der Güter ab, die man mit einer gegebenen Menge Geldes kaufen kann. Nicht alle Menschen schreiben aber denselben Gütern dieselbe Nützlichkeit zu, ja man kann sogar sagen, dass derselbe von Mensch zu Mensch verschieden ist. Andererseits aber kann man nicht die Nützlichkeiten, die die Einzelnen einem gewissen Gute zuschreiben, vergleichen und zusammenzählen. In welchem Sinne sprechen wir denn von der ökonomischen Kaufkraft des Geldes und deren Veränderungen?

Man macht die Beobachtung, dass die Verhandlungen auf den Märkten zu einem *Marktpreis* führen, der der gemeinsame Ausdruck für die Nützlichkeit ist, die die Käufer und Verkäufer der Ware zumessen. Man muss dabei aber beachten, dass es in einem Lande für ein bestimmtes Gut nicht nur einen Preis gibt, d. h. dass ein Land nicht nur einen einzigen Markt bildet, und dass andererseits der Marktpreis nur einen Massstab für die Nützlichkeit, die wohl die Käufer und Verkäufer dem Gute zulegen, nicht aber die übrigen Wirtschaftler, die für ganz andere Güter Hauptkäufer und -verkäufer sein werden.

Bei der Einschätzung der Güter werden wir uns nun an den mittlern Marktpreis halten. Dieser mittlere Marktpreis ist der Ausdruck für diejenigen Nützlichkeiten, die ein durchschnittlicher Wirtschaftler (*uomo economico medio*) dem Gute beimisst.

Übrigens kann man feststellen, dass die nicht zum Abschluss kommenden Anbieter und Nachfrager deshalb keinen Abschluss treffen, weil sie entweder das Gut besitzen oder ihm eine grössere Nützlichkeit beimessen, als der Marktpreis ausdrückt, oder weil sie zwar das Gut nicht besitzen, ihm dann aber eine kleinere Nützlichkeit beimessen. Die Preise, die für die einzelnen Güter von den Käufern und Verkäufern festgelegt werden, sind also Mittelpreise zwischen denjenigen, die von den nicht zum Kauf oder Verkauf gelangenden für richtig gehalten worden wären. Will man also die Güter eines Landes einschätzen, so wird man ihnen den Preis beimessen, den ein *mittlerer Wirtschaftler* dafür zu zahlen gewillt ist.

Meines Erachtens ist dies der Sinn, den man den in Geld ausgedrückten Bewertungen des Volksvermögens eines Landes beimessen kann. Man vermeidet dabei die höchst unwahrscheinliche Hypothese, dass alle Wirtschaftler allen Gütern die gleiche Nützlichkeit zuerkennen¹⁾.

¹⁾ Vgl. hierzu den Artikel *Sul concetto di utilità economica* in *Giornale degli Economisti e Rivista di Statistica*, Februar 1916.

Diese Voraussetzung verliert aber an Richtigkeit in anormalen Zeiten, wie sie viele Staaten noch heute durchmachen.

Man kann allgemein beobachten, dass die Schwankungen in der Preisgestaltung für ein bestimmtes Gut innerhalb eines Landes sehr viel grösser sind als in der Vorkriegszeit. Je grösser diese Schwankungen sind, um so schwieriger wird es, einige Güter auszuwählen, deren mittlerer Marktpreis auch tatsächlich das Mittel der übrigen auf dem Markte erzielten Preise repräsentiert.

Untersuchen wir die Ursachen dieser Schwankungen, so können wir besonders zwei derselben erkennen:

a) vor allem die Tatsache, dass dort, wo die Preise sich in starker Auf- oder Abwärtsbewegung befinden, die Gestehungskosten eines Gutes für den Anbieter sehr verschieden sind, je nach dem Zeitpunkt, in dem es hergestellt oder erworben wurde. Die bestehende Spannung zwischen Produktions- und Reproduktionskosten ist entsprechend grösser oder kleiner. Dieser Umstand erklärt die manchmal ungeheuren Preisunterschiede, die man in Ländern mit fortschreitender Geldentwertung an ein und demselben Orte bei den verschiedenen Kaufleuten bemerken kann;

b) wenn man von den Kaufleuten absieht, so ist die Ungewissheit der zukünftigen Preise eine der Ursachen, die die Allgemeinheit der Bürger unentschlossen macht für die Entscheidung, ob wirtschaftliche Transaktionen vorgenommen werden sollen oder nicht. Man denke nur an die Ungewissheit über die Aufwertung, die Entwertung oder die Stabilisierung des Geldes, an die unsichern Absatzverhältnisse für viele Produkte, an die Unbestimmtheit des Zeitpunktes und des Umfangs der Wiedergutmachung der Kriegsschäden, an die Unsicherheit der zukünftigen Preisbildung gewisser Waren (wie der Kohlen im Zusammenhang mit der Lösung der Reparationsfrage) und den Einfluss dieser Preise auf die Rentabilität von Neuinvestitionen im landwirtschaftlichen Grundbesitz, an die Rentabilität von industriellen Unternehmungen, von gewissen Staatsbetrieben und, für die Arbeiterklasse in Stadt und Land, die Unsicherheit des Arbeitsmarktes. Die Folge davon ist, dass, abgesehen von den Transaktionen der Berufskaufleute, die Marktvorgänge sich auf ein Minimum reduzieren, und dass sie nur unter dem Zwang wirtschaftlicher Notwendigkeit vorgenommen werden, nämlich dann, wenn der Verkauf oder die Anschaffung bestimmter Güter ganz unausweichlich wurde. Deshalb wird auf die Preisbildung bald die eine, bald die andere Kategorie von Wirtschaftlern ihren Einfluss ausüben. Daraus folgen zwei Tatsachen: erstens eine grosse Beweglichkeit der Preise und zweitens die Unmöglichkeit, einen mittlern Marktpreis zu gewinnen, der den Durchschnitt der verschiedenen Landespreise repräsentiert.

So ist es offensichtlich, dass die Preise, die sich in den letzten Jahren und noch heute für die Wohnungsmieten gebildet haben, nicht denjenigen Preis repräsentieren, den die Gesamtheit der Familien zu bezahlen gewillt wäre. Das gleiche gilt für die Häuserpreise oder die Preise für Grundstücke.

Dieser Umstand ist ganz besonders schwerwiegend für die in Geld ausgedrückte Bewertung des Grund- und Hausbesitzes. Es fehlt diesen Bewertungen eben tatsächlich eine der wichtigsten Voraussetzungen, um ihnen die Bedeutung eines mittlern Marktpreises zu geben, den wir benötigen. Die in Geld ausgedrückten Bewertungen können nicht mehr als Index der Nützlichkeiten angesehen werden, die ein mittlerer Wirtschaftler eines Landes den Gütern zumisst, sondern nur derjenigen, die ihnen die mittlern zum Kauf kommenden Wirtschaftler zumessen. Dabei kann man nicht sagen, wie gross der Unterschied zwischen beiden Bewertungen ist.

8. Ein letzter Punkt bleibt noch zu berücksichtigen.

Wenn bei der Bewertung von Volksvermögen von Vermögen die Rede ist, so wird darunter meistens der Bestand materieller Güter, bewegliches und unbewegliches Vermögen, verstanden. Das «menschliche Kapital», die physischen Personen, die in unserer Zivilisationsperiode nicht Gegenstand von Kauf und Tausch sein können, sind nicht berücksichtigt.

In mancher Hinsicht aber — man denke z. B. an die Produktivkraft der Nation, an die ökonomische Widerstandskraft in Zeiten von Krieg und Krisis, an ihre Fähigkeit, jährlich einen Betrag an Reparationen zu bezahlen usw. — wäre es wichtig, nicht nur vom Vermögen in jenem engern Sinne zu sprechen, sondern den Reichtum zu schätzen, der in diesen «menschlichen Kapitalien» vorhanden ist.

In normalen Zeiten und für nicht allzulange Zeiträume kann das Verhältnis zwischen dem Wert der «menschlichen Kapitalien» und dem Wert der materiellen Vermögen als konstant angesehen werden. Veränderungen im Wert des Vermögens im engern Sinne sind dann nichts anderes als der Niederschlag von Wertveränderungen des «menschlichen Kapitals». Denn der Wert der «menschlichen Kapitalien» ist hauptsächlich bestimmt durch den Arbeitsertrag; und der relative Anteil, den Arbeit und Kapital am Sozialprodukt haben, ändert in normalen Zeitläuften in kurzen Intervallen nur wenig.

Aber auch dies gilt nicht in den anormalen Zeiten des Krieges und der Nachkriegszeit. Während des Krieges blieb der reale Arbeitslohn, mindestens in der ersten Zeit, für den grössten Teil der Erwerbskategorien unter dem Vorkriegsniveau. Nach dem Kriege waren

die Verhältnisse von Land zu Land verschieden und sind es bis heute: in vielen Staaten war in den letzten Kriegsjahren und in der Nachkriegszeit ein mächtiger Aufstieg festzustellen, der die Löhne über das Vorkriegsniveau hinausführte; in andern ist das Niveau noch heute niedriger als vor dem Krieg.

Auch die Erträge des Kapitals, besonders des in Industrie und Handel angelegten, haben merkliche Veränderungen erlitten. Und diese Veränderungen gingen mit den Veränderungen im Lohnniveau nicht parallel, weder zeitlich noch nach ihrer Wichtigkeit.

Wenn also auch die Abweichungen des materiellen Volksvermögens der Nachkriegszeit von dem der Vorkriegszeit gemessen werden können, so wird es immer sehr gewagt sein, von ihnen aus auf die Veränderungen des Volksvermögens im weitesten Sinne, das auch das «menschliche Kapital» umfasst, schliessen zu wollen.

9. Ein anderer wichtiger Punkt, über den Klarheit zu schaffen wäre, ist, dass die Verminderung des Volksvermögens während des Krieges sich nicht aus den allgemeinen Kriegskosten und nicht aus der Zunahme der öffentlichen Schuld ausscheiden lässt. Auch von den Entschädigungen, die von dem Feinde in Form von Reparationen verlangt werden, kann sie wesentlich abweichen.

Betrachten wir zuerst die Kriegskosten. Da ist zu erwähnen, dass die Summen, mit denen sie in den Staatsrechnungen figurieren, auch wenn sie noch so wahrheitsgetreu sind, nur formal homogene Summen repräsentieren. Substantiell entsprechen sie sehr verschiedenwertigen Beträgen; denn der Wert der Geld-einheit war in den Perioden, aus der sie stammen, höchst ungleich. Am 31. Oktober 1919 z. B. wurden die Kriegskosten Italiens in 83 bis 84 Milliarden Lire angegeben. Zu den damaligen Preisen hätte der Betrag schon 130 bis 140 Milliarden sein müssen, zu den Preisen des Kriegsanfanges 25 bis 35 Milliarden. Übrigens decken sich Kriegskosten und Verminderung des Volksvermögens aus verschiedenen Gründen nicht.

a) Vor allem bedeuten gewisse Kriegskosten nicht zugleich Vermögensvernichtungen. Dies ist der Fall, wenn für die Konstruktion neuer Verkehrswege, für Verbesserungen und Entwicklung öffentlicher Verwaltungszweige, sofern sie heute noch bestehen, oder für den Ankauf von Gütern, aus denen der Staat noch heute Nutzen zieht oder die er noch verkaufen kann, Aufwendungen gemacht wurden. Immerhin ist es nicht angemessen, die Wichtigkeit dieser Aufwendungen zu übertreiben. Meistens ist es nur ein Wortspiel, wenn gesagt wird, dass die Kriegskosten nur eine Vermögensverschiebung bedeuten. Allerdings gehen Unterstützungen, Kriegerpensionen und Demobilisationsprämien an

die Kriegsteilnehmer und ihre Familien, aber sie dienen nur dem Ausgleich, und zwar nur einem teilweisen Ausgleich für die Einkommensverminderung und die Vermögensverluste, welche der Krieg für diese Leute herbeigeführt hat. Dieser Teil der Kriegskosten verdeutlicht höchstens die wirtschaftlichen Verluste der Nation.

b) Wollte man die Gesamtheit der vom Krieg verschlungenen Vermögenswerte aufzählen, so müsste man überdies in die Kriegskosten sämtliche Entschädigungen einbeziehen, die den Bürgern für erlittene Vermögensverluste ausbezahlt wurden, für versenkte Schiffe, verwüstete Ländereien, zertrümmerte Häuser und den Ausfall von Erträgen. Und diese Beträge müssten nach ihrer ganzen Ausdehnung eingesetzt werden und würden dann selbstverständlich viel grössere Summen ausmachen als die in den Staatsrechnungen eingesetzten.

c) Nur zum Teil jedoch sind die bereits in den Staatsrechnungen berücksichtigten und nicht berücksichtigten Kriegskosten durch altes Vorkriegsvermögen aufgehoben und daher als Verringerung desselben aufzufassen. Zu einem grossen Teil werden sie aus neuentstandenen Vermögen gedeckt.

Das Vorkriegsvermögen bestand zum Teil aus Ersparnissen, die zu jener Zeit in vollwertigem Geld ansehnliche Beträge darstellten. Man schätzte sie z. B. in Italien auf $2\frac{1}{2}$ Milliarden Lire, in Deutschland auf 10 Milliarden Mark, in Frankreich auf $3\frac{1}{2}$ Milliarden Franken und in Belgien auf 900 Millionen Franken. Während des Krieges verminderten sich allerdings die Erträge gewisser Industrien, sei es aus Mangel an Rohmaterial oder aus andern Betriebsschwierigkeiten; andere aber konnten im Gegenteil ihre Tätigkeit intensivieren. Das Gesamtergebnis war von Staat zu Staat ausserordentlich verschieden, z. B. in den Vereinigten Staaten im Vergleich mit Frankreich. Für viele Staaten ist es überhaupt schwer, sich eine genaue Vorstellung von den heutigen Gesamtverhältnissen zu machen. Immerhin konnte aber ein nicht unbedeutender Betrag der Kriegskosten durch Ersparnisse eingeholt werden, die aus der Konsumverminderung der Zivilbevölkerung hervorgingen.

Dagegen bedeutet eine wirkliche Verminderung des Vorkriegsvermögens der Teil des Kriegsaufwandes, der durch im Ausland aufgenommene Schulden aufgebracht wurde. Die Verminderung ist gleich gross wie der Betrag, zu dessen Rückzahlung ein Land definitiv verpflichtet wird. Es handelt sich mindestens dann um einen Verlust, wenn diese Beträge aus dem Teil der Reineinnahmen aufgebracht werden müssen, der zur Amortisation der sich abnützenden Maschinen und Geräte oder zum Ersatz der verminderten Vorräte oder gar zur Reparatur verfallener Gebäude hätte verwendet werden sollen. Es wäre höchstens dann kein Verlust, wenn sie

aus Ertragsvermehrungen aus denjenigen Einkommensquellen gespeist würden, die sich nicht abnützen, wie Erz- und Kohlenbergwerke, oder aus den sich mit der Zeit selbst erneuernden Wäldern.

Während also ein Teil der Kriegskosten nicht einer Verminderung des Vorkriegsvermögens gleichkommt, ist derjenige Teil der Verminderung des Vorkriegsvermögens wiederum nicht den Kriegskosten zuzurechnen, der aus Kriegsschäden infolge von Einkommensausfall oder Vermögensvernichtung entstanden ist. Er gehört höchstens insoweit zu den Kriegskosten, als er durch den Staat ersetzt worden ist. Es handelt sich also um zwei sehr verschiedene Komplexe.

10. Sehr bekannt sind die Einwände, die die Praxis gewisser Staaten hinsichtlich der öffentlichen Schuld hervorrufen. Z. B. setzt Italien in seine Bilanz diejenigen Summen, die es an das Ausland schuldet, nach ihren *Nominalbeträgen* ein, die auf der Basis der Goldparität errechnet wurden, während andere Ausgabenposten und die Einnahmen in dem durch den Staat entwerteten Gelde eingesetzt wurden.

Aber abgesehen von solchen mehr rechnerischen Einwänden, muss man sich vor Augen halten, dass nur derjenige Teil der Staatsschulden ein Verlust für das Volksvermögen bedeutet, der *nach* der Kriegserklärung im Ausland aufgenommen wurde. Der Teil, der im Inland gezeichnet wurde, bedeutet keine Verminderung, sofern er aus tatsächlich im wirtschaftlichen Tauschverkehr entstandenen Überschüssen und nicht Erträgen, die der Amortisation und dem Ersatz abgenützter Betriebskapitalien hätte dienen sollen, oder ausserordentlichen Erträgen, die entweder durch den Verkauf von Effekten oder anderer Güter an Ausländer erzielt wurden, entstammte. Der mögliche Verlust an Volksvermögen, der aus den ausserordentlichen Steuerlasten und den nicht wieder ersetzten Kriegsschäden Privater entstanden ist, bleibt übrigens noch vollständig ausserhalb der öffentlichen Schuld.

Die Ersparnisse, die in anderer Form als in öffentlichen Schuldtiteln investiert wurden (in neuen Gebäuden, Anpflanzungen oder in Ameliorationen), die Eroberung neuer Gebietsteile, deren Erträgnisse dem Staate zugute kommen, können übrigens die Verminderung des Volksvermögens aufwiegen. Tatsächlich ist dies für verschiedene Staaten in weitgehendem Masse der Fall.

11. Und noch ein vierter Komplex, der sich von allen andern an Umfang und Tragweite unterscheidet, muss hinsichtlich der Kriegsschadenersatzfrage berücksichtigt werden. Nach strengem Recht kann der Sieger von einem Besiegten, der für den Krieg verantwortlich gemacht wird, den Ersatz des ganzen durch den Krieg

zerstörten Volksvermögens verlangen: sämtliche Kosten, die durch den Krieg bedingt sind, und auch jene Verluste, die der Krieg mittelbar durch Verfall von Vermögen und durch Einkommensverminderung verursacht hat. Aber der Sieger kann noch mehr verlangen. Es ist nicht gesagt, dass eine Person nur dann fordern kann, wenn sie Eigentümerin ist und daraus Rechte ableitet, sondern es begründen ausser den Vermögensverlusten auch persönliche Körperschäden und verminderte Erwerbsfähigkeit solche Ansprüche. Wir haben schon dem Volksvermögen im engern Sinne, das nur Mobilien und Immobilien umfasst, ein Volksvermögen im weitern Sinne entgegengestellt, auf das wir nun zurückkommen müssen. Es umschliesst das «menschliche Kapital», oder mit andern Worten, die Produktivkraft der Bevölkerung. Von dem für den Krieg verantwortlichen Feind kann also der Sieger von Rechts wegen die Vergütungen des wirtschaftlichen Wertes, den er durch den Tod seiner Soldaten im Feld, in den Lazaretten oder den Gefangenenlagern, und durch den Tod von Zivilpersonen, die im Kriege selbst oder an den Folgen des Krieges umkamen, verlangen. Er kann auch die Vergütungen des Schadens fordern, der dem Volke durch die Verminderung der Produktivkraft der Invaliden und Kranken erwachsen ist, ein Verlust, der entweder vorübergehend oder permanent ist und der Verwundungen und Erkrankungen zur Ursache hat. Er muss es in diesem Falle vermeiden, die gleichen Beträge doppelt einzusetzen, d. h. er muss Kriegerpensionen und Ausschüttungen, die an die Invaliden und die Familien der Gefallenen gemacht werden, von den Kriegskosten abziehen, da sie zum Teil diese wirtschaftlichen Verluste wieder decken.

Es ist klar, dass dieser Posten mit der Verminderung des Volksvermögens wenig zu tun hat, noch weniger als Kriegskosten und öffentliche Schuld. Ja, das Volksvermögen kann sogar trotz der Kriegsschäden erhöht worden sein, trotz der Schäden, die die materiellen und «menschlichen Kapitalien» durch den Krieg erlitten haben. Für verschiedene kriegführende Staaten ist dies tatsächlich der Fall. In einem Prozess um den Kriegsschadenersatz könnte sicher kein Rechtsgrund in der Tatsache gefunden werden, dass der Kläger verarmt oder trotz der erlittenen Schäden reich geworden sei. Sein Verarmen oder Reichwerden könnte höchstens moralisch ins Gewicht fallen, wenn es sich darum handelte, die Sache vom Gesichtspunkt der Billigkeit aus zu beurteilen.

12. Die vorausgegangenen Betrachtungen zeigen deutlich, dass es ein gewagtes, wenn nicht gar unmögliches Unterfangen ist, eine in Geld ausgedrückte Schätzung der Verminderung des Volksvermögens vorzunehmen, die der Krieg den verschiedenen Nationen gebracht hat.

Dennoch lassen sich einige Beobachtungen machen, die aufzeigen, welches die Wirkungen des Krieges für verschiedene Kategorien des Volksvermögens waren.

Man wird gut tun, einerseits das Vermögen im engern Sinne zu betrachten, das sich aus mobilen und immobilien Vermögenswerten zusammensetzt, und andererseits die «menschlichen Kapitalien». Im einen und im andern Fall muss man diejenigen Verluste, die aus den Verschiebungen von Vermögen in den Besitz anderer Nationen entstanden sind, von denjenigen unterscheiden, die aus den eigentlichen Zerstörungen von Werten hervorgegangen sind.

Für die Untersuchung des Vermögens im engern Sinne kommen in erster Linie die an das Ausland kontrahierten Schulden in Betracht, die vom Staat (oder andern öffentlichen Körperschaften) gegenüber andern Staaten (oder öffentlichen Körperschaften) oder gegenüber von im Ausland wohnenden Privaten, oder von privaten Inländern an private Ausländer eingegangen wurden. Alle Schulden aber, die im Inland von öffentlichen Körperschaften oder Privaten bei andern öffentlichen Körperschaften oder Privaten aufgenommen worden sind, heben sich gegenseitig auf und stellen zum Zweck der Einschätzung des Volksvermögens lediglich eine Vermögensüberschreibung dar. Hierzu muss man noch den Abfluss von Gold und anderen Edelmetallen sowie von Juwelen und, was noch wichtiger ist, von privaten und öffentlichen Schuldverschreibungen des In- und Auslands, die vorher im Besitz des Volkes waren, rechnen; ferner die Abtretungen von Gebietsteilen.

Diese erste Kategorie von Verlusten hat bei einigen Staaten während des letzten Krieges eine grosse Rolle gespielt. Unter weltwirtschaftlichem Gesichtspunkt können sie aber vernachlässigt werden, mindestens dann, wenn sie nicht sehr schwer auf die gesamte Wirtschaft einer Nation drücken und dadurch die wirtschaftliche Betätigung unterbinden ohne gleichzeitig das Wirtschaftsleben der andern Nation entsprechend zu fördern. Doch kann man diese Einschränkung praktisch vernachlässigen. Sie kommt höchstens in Betracht bezüglich der bei Ausländern oder, worauf es in Wirklichkeit meistens herauskommt, bei ausländischen Staaten aufgenommenen Schulden; denn die während und nach dem Krieg bei privaten Ausländern eingegangenen Schuldverpflichtungen stellen keinen nennenswerten Betrag dar. Heute ist es im eigenen Interesse des Gläubigers, seine Guthaben zu vermindern oder ihre Zahlungsmodalitäten zu erleichtern, so dass die wirtschaftliche Tragkraft der Schuldner nicht erschöpft werde. Es ist ein Grundsatz, der gegenüber dem Feinde Anwendung findet und der deshalb auch den Alliierten nicht verweigert werden darf. Dasselbe gilt auch hinsichtlich der Territorien, die verloren gegangen sind und die einen notwendigen Teil des wirt-

schaftlichen Organismus eines Volkes darstellen und an denen die Staaten infolge der feindlichen Politik des neuen Besitzers keinen Teil mehr haben. Einer solchen Politik wurden einige österreichisch-ungarische Nachbarstaaten angeklagt, und es scheint, dass diese Vorwürfe, wenn sie auch übertrieben sind, doch einen Teil von Wahrheit enthielten. Doch ist es sehr wahrscheinlich, dass eine solche Politik, die den eigenen Interessen des Staates, der sie verfolgt, zuwiderläuft, nicht von langer Dauer sein kann. In der Tat ist sie schon jetzt zugunsten einer Politik wirtschaftlichen Zusammenwirkens aufgegeben worden.

Wenn dann einmal die Bezahlung von Schulden vollzogen wird, nicht durch Überführung eines Teils des Volksvermögens, sondern aus den laufenden Erträgen der Volkswirtschaft, und zwar in solchen Beträgen, dass das wirtschaftliche Leben nicht unterbunden wird, so werden jene Verluste vom nationalen Standpunkt aus als Hindernis oder als Verlangsamung der üblichen Vermögensbildung zu betrachten sein, nicht aber als eine Vermögensverminderung. Es kann dann im Gegenteil vielleicht die Verpflichtung zur Zahlung dieser Schulden ein Anstoss zu intensiverer Produktion werden, die sich sehr wahrscheinlich auch fortsetzen wird, nachdem die Schuld getilgt ist. Sie bedeutet dann einen Antrieb zu schnellerer Vermögensvermehrung, als sie sich unter gewöhnlichen Umständen vollzogen hätte.

13. Eine zweite Kategorie von Verlusten, die der Krieg dem Volksvermögen zufügt, ist die Zerstörung von Immobilien und Mobilien (Gebäuden, Anpflanzungen, Hausrat, Kleidungsstücken usw.), die durch kriegerische Akte vollzogen wurden. Eine approximative Methode, den Betrag dieser Verluste zu schätzen, wäre: die verschiedenen Kategorien der heute auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen vorhandenen Vermögenswerte einzuschätzen und auf eine jede einen Koeffizienten anzuwenden, der den Anteil der Zerstörung ausdrückt. Wenn man auf diese Weise vorgeht, so gelangt man sicher für alle Staaten zu Zahlen, die weit unter den Beträgen stehen, die die Regierungen als Kriegsentschädigungen an die Landesangehörigen und die Besiegten als Schadenersatz an den Feind auszuzahlen haben. Das muss nicht überraschen, denn was in altem Zustand zerstört worden ist, muss neu ersetzt werden, und alle Reduktionskoeffizienten genügen nicht, um in der Praxis die Differenz auszugleichen. Es sind bei der Schätzung der Kriegsschäden auch die zerstörten Produkte, die nur einen Einkommensausfall und eine Konsumtionsverminderung und nicht eine eigentliche Verminderung des Volksvermögens bewirkt haben, einbezogen. Man darf nicht vergessen, dass im Streit zwischen den geschädigten Bürgern und der öffentlichen Verwaltung es schlechter-

dings unmöglich ist, dass die Tragweite der Schäden nicht übertrieben wird. Man sucht sich gegen das Risiko zu schützen, das die verzögerten Auszahlungen mit sich bringen. Auch darf man sich nicht verschweigen, dass im Wettstreit gewisser Siegerstaaten um den grössten Anteil an den magern erhofften Reparationen, sei es unbewusst unter dem erschütternden Eindruck der zerstörten Gebiete, oder bewusst aus taktischen Gründen, die Kriegsschäden von einigen Regierungen übertrieben werden. Sie sind ihnen ja selbst durch tendenziöse Berichterstattung vergrössert dargestellt worden. Dies hat natürlich die andern Staaten dazu bewogen, auch ihrerseits die erlittenen Verluste zu übertreiben.

Heute, nach etwas mehr als fünf Jahren des Waffenstillstandes und knapp fünf Jahren des Friedens, sind die zerstörten Gebiete in einigen Ländern vollständig wieder hergestellt, in andern beinahe. Es gibt sicherlich einige Ausnahmen: als eine der eindrucklichsten ist die Industrie von Riga zu erwähnen, deren Maschinenbestand von dem russischen Heer auf dem Rückzug weggeschleppt wurde. Aber diese Tatsache ist nicht von so grosser Bedeutung, dass sie die Wahrheit des eben Gesagten im allgemeinen beeinträchtigen könnte. Zu diesem Resultat haben übrigens die Ersparnisse der Nationen in viel grösserer Masse beigetragen als alle Kontributionen des Feindes und alle ausländischen Anleihen.

14. Nocheineandere Kategorie von Kriegsschäden wird in der Regel berücksichtigt. Sie sind weit weniger sichtbar, jedoch von grosser Tragweite für die kriegführenden Staaten. Sie gehen hervor aus dem Zerfall gewisser Vermögensteile: nicht gehörig reparierte Gebäude, vernachlässigte Ländereien, abgenutztes Eisenbahnmateriale, nicht erneuerte Betriebseinrichtungen, nicht erschöpfte Vorräte, verminderte und an Qualität und Gewicht reduzierte Viehbestände sind darunter zu verstehen.

Soweit diese Verluste die öffentliche Verwaltung schädigten, sind sie wenigstens zum Teil wieder aufgehoben worden durch die Entwicklung anderer öffentlicher Verwaltungszweige. Soweit sie aber industrielle Unternehmungen des Staates betreffen, sind diese zum Teil auf ihrem Vorkriegsstand verblieben oder haben denselben sogar durch die Entwicklung der Kriegszeit hinter sich gelassen. Die Aufwendungen für die Reparatur der Gebäude waren allerdings ein Verlust, aber nur ein Verlust von sekundärer Bedeutung. Es ist hauptsächlich die Landwirtschaft und die mit ihr verbundenen Gewerbe, die unter dieser Art von Kriegsschäden stark gelitten haben. Es genügt, daran zu denken, dass bei den Preisen von Ländereien unschwer eine Differenz von $\frac{1}{5}$ festzustellen ist, die auf die Vernachlässigung der Düngung und der Kulturen zurückzuführen ist. Und dabei ist zu bedenken, dass die Landwirtschaft doch einen

sehr wichtigen Teil des Volksvermögens repräsentiert, will man eine richtige Vorstellung von der ausserordentlichen Tragweite dieser Art von Schäden gewinnen. Sie manifestieren sich in einer verminderten Rentabilität der Landwirtschaft, die die amerikanischen Sachverständigen erschreckt hat, als sie sich mit dem Schicksal der europäischen Völker befassten. Hoover soll gesagt haben, dass 100 Millionen Menschen vom Erdboden verschwinden müssten, wenn die Verminderung der Nahrungsmittelproduktion ausgeglichen werden sollte. Ein amerikanischer, der Verteilungskommission für die Speisungen in Polen zugeteilter Experte hat auch prophezeit, dass nach Beendigung des Krieges und nach der Festlegung der heutigen polnischen Grenzen nicht weniger als fünf Jahre verfließen würden, ehe dies Land imstande wäre, sich durch seine Nahrungsmittelproduktion wieder selbst zu erhalten. Aber schon nach zwei Jahren war dieser Punkt erreicht. Und nichts von den Prophezeiungen Hoovers hat sich bestätigt, höchstens vielleicht in Russland, aber auch dort in viel beschränkterem Masse; in Russland, dessen Hungersnot von klimatischen Verhältnissen und von der Desorganisation der Transportmittel abhängig war, Tatsachen, die man aber nicht dem Krieg selbst zuschreiben darf, wenn er vielleicht auch die Vorbedingungen für die Misswirtschaft der Bolschewisten geschaffen hat.

Und zwar gingen diese Prophezeiungen darum nicht in Erfüllung, weil man zwei Umständen nicht Rechnung getragen hat. Der eine ist die Anpassungsfähigkeit des menschlichen Organismus. Wenn 3000 Kalorien per Tag nach den Berechnungen der Physiologen genügen, die durchschnittliche Menge von Energie, die ein erwachsener Mensch benötigt, zu erzeugen, so kann dieses Quantum beträchtlich reduziert werden, wahrscheinlich auf ein Fünftel, und zwar wird dieses verringerte Mass an Kalorien für längere Zeit genügen, ohne den Organismus irgendwie zu gefährden. Ja, die Verringerung in der Menge der Kalorien kann noch gesteigert werden, wenn in den Arten der Nahrungsmittel geschickt abgewechselt wird, wie es unter dem Druck der Preise automatisch geschah. Man wandte sich den vorteilhaftesten Lebensmitteln zu.

Die andere — und vielleicht die wichtigere — Ursache ist die, die man zusammenfassend unter dem Begriff der *Arbeitsreserven der landwirtschaftlichen Unternehmung* charakterisieren kann. In normalen Zeiten bleibt die Intensität der Arbeit weit zurück hinter dem möglichen Maximum, das dann erreicht wird, wenn wirtschaftliche oder gefühlsmässige Überlegungen den Antrieb bilden, zerstörtes Eigentum wieder herzustellen. Hier liegt auch das Geheimnis der ausserordentlich schnellen Wiederherstellung der durch den Feind verwüsteten Gebiete.

In Wirklichkeit hat die Klasse der Grundeigentümer nach dem Krieg noch einen gewaltigen Betrag an Ersparnissen in Form von Ameliorationen investiert, die aus den Erträgen vermehrter und verlängerter Arbeit hervorgegangen waren. In fast allen Staaten ist daher die Verarmung der Grundeigentümer wenn nicht ganz, so doch beinahe verschwunden.

15. Einige der bisher besprochenen Tatsachen kann man als direkte und unumgängliche Folgen des Krieges bezeichnen. Wir dürfen aber hier die unheilvollen Folgen der Inflation, die auch mit dem Krieg verknüpft ist, nicht vernachlässigen.

Es stimmt mit meiner anderswo aufgestellten These vollständig überein, dass die Inflation nicht der Ausfluss der Unfähigkeit der Staatsregierungen ist, sondern die unvermeidliche Folge der wirtschaftlichen Einwirkungen des Krieges und des Wiederaufbaues. Es soll an diesem Orte keineswegs die Unsumme von Opfern verkleinert werden, die die Inflation breiten Massen der Bevölkerung auferlegt hat, sei es in der Zeit, da besonders die Lohnarbeiter unter ihr gelitten haben, sei es in der Zeit ihrer völligen Auswirkung, die insbesondere die Beamten, speziell die höhern Beamten, die Rentner und die Hausbesitzer getroffen hat. Die wichtigste Frage aber, die wir hier entscheiden möchten, ist die: entspricht dieser Unsumme an Opfern eine Verringerung oder eine Vermehrung des Volksvermögens? Bedeutet die Inflation, wie übrigens die meisten Ökonomen annehmen, einen Auflösungsprozess für den wirtschaftlichen Organismus, in dem der Volksreichtum dahinschwindet? Oder stellt sie sich vielmehr nur als ein pathologisches Durchgangsstadium dar, das dem Organismus erlaubt, die Krisis zu überwinden, und der dem Volksreichtum bei den gegebenen übrigen Umständen eher zum Vorteil gereicht, wenn auch dem Heil der Allgemeinheit das Wohlbefinden einzelner geopfert wird? Ich habe diese zweite Behauptung schon in der Zeitschrift *Scientia* ¹⁾ vertreten, und verweise hiermit Interessenten für diese Frage auf jenen Artikel. Es mag hier die Feststellung genügen, dass die Verminderung der realen Einkommen, welche die Inflation breiten Massen des Volkes gebracht hat, notwendigerweise durch eine Erhöhung in andern Einkommensgruppen aufgewogen werden musste, wenn nur das Volkseinkommen als Ganzes unverändert geblieben ist. Es hält aber schwer, den Beweis zu erbringen, dass das Volkseinkommen als Ganzes durch die Inflation vermindert worden sei. Dagegen ist ihr anregender Einfluss auf die Produktion allgemein anerkannt. Sicherlich vermehrt sich die Konsumtion gewisser Schichten der Be-

¹⁾ *Pathologie économique. Une interprétation de la politique économique des temps de guerre et de l'après-guerre*, August-September 1923.

völkerung, doch sind sie numerisch viel geringer als diejenigen, bei denen sie eine Konsumverminderung erzwingt. Auch legen nicht alle, die aus der Inflation Gewinn ziehen, ihren Einkommenszuwachs sofort im Konsum, sondern zum guten Teil in Ersparnissen an. Man behauptet, während der Inflation gehe das Sparen zurück. Das trifft höchstens für bestimmte Arten des Sparens zu: die eine Form, die in der direkten Investition von Erträgen in industriellen und kommerziellen Unternehmungen besteht, gewinnt an Wichtigkeit und Umfang. Die Erhebungen, die von den interalliierten Kommissionen in Deutschland gemacht worden sind, haben, wie aus den Zeitungsberichten hervorging, selbst die allerskeptischsten unter ihren Mitgliedern davon überzeugt, dass neben den unleugbaren Leiden und Erschütterungen, durch die bestimmte Schichten infolge der ihresgleichen suchenden Inflation hindurch müssen, die Wirtschaftsorganisationen sich gekräftigt haben und von einem Zusammenbruch weit entfernt sind.

Eine ins Unendliche gesteigerte Inflation kann wohl gewisse objektive Bedingungen verschlechtern, das Wirtschaftsleben jedoch nicht völlig desorganisieren. Tatsächlich geht der Prozess meistens zu Ende, ehe die Nachteile der Inflation ihre guten Wirkungen überflügeln.

In Österreich, heute auch in Russland und in Deutschland, vor allem aber in Italien, der Tschechoslowakei und dem Baltikum ist die Inflation aufgehalten. Und nach den heutigen Zuständen, d. h. nach einem provisorischen Zustand, pflegt man sie zu beurteilen. Wenn es heute auch noch zu früh ist, mit unabänderlichen Zahlen die Tragweite einschätzen zu wollen, die sie für den Reichtum verschiedener Staaten hatte, so ist es doch schon offenbar, dass er nicht schwer unter ihr gelitten hat und vielleicht in verschiedenen Ländern sogar gestärkt aus ihr hervorgegangen ist. Dass diese Stärkung durch den Untergang breiter Volksschichten erreicht worden ist, ist wahr. Dies soll bei der moralischen Beurteilung des Inflationsprozesses nicht verschwiegen werden. Das ändert aber nichts an der Vermögensbilanz, die wir hier ziehen wollen.

Es ist selbstverständlich, dass wir bei diesen Ausführungen vom bolschewistischen Russland absehen, wo die Inflation während langer Zeit von grosser Unsicherheit für das Privateigentum begleitet war, die jede wirtschaftliche Regeneration verhinderte.

Es scheint somit, dass dieser Krieg, wie alle frühern, dem materiellen Vermögen, dem Mobiliar- und Immobilienbesitz keine wesentliche Lücke gerissen hat, die nicht wieder geschlossen werden könnte und in der Hauptsache schon wieder geschlossen ist.

16. Ich glaube, dass das Endergebnis hinsichtlich des «menschlichen Kapitals» sich nicht viel pessimistischer

gestalten wird. Unsere Aufmerksamkeit galt vor allem den direkten Verlusten durch den Krieg: den Toten des Heeres, die ihren Wunden und Krankheiten erlegen sind, und den Toten der Zivilbevölkerung, die auch Opfer von kriegerischen Akten geworden sind. Wenn diese Verluste auch den Betrag von etwa 10 Millionen, auf die sie eingeschätzt werden ¹⁾, übersteigen sollten, so würden sie noch auf alle Fälle weit zurückbleiben hinter den weniger offensichtlichen Verlusten, die die vermehrte Sterblichkeit der Zivilbevölkerung hervorbringt und hinter dem Passivum, das auf den Geburtenrückgang zurückzuführen ist. Und doch, selbst wenn man diese drei Kategorien vereinigt, so werden die Verluste über den Zuwachs, den die Bevölkerung der Welt, die sich zwischen 1500 und 2000 Millionen Menschen bewegt, in wenig mehr als vier Jahren normalerweise aufweisen kann, nicht hinausgehen. Dies ist keine Übertreibung ²⁾. Man kann also nicht behaupten, dass der Kriegsschluss eine der Zahl nach merklich reduzierte Erdbevölkerung zurückgelassen habe. Die Nachkriegsperiode bedeutete aber für einen grossen Teil der Völker eine Zeit völkischen Wiederaufbaues mit aussergewöhnlich starken Heirats- und Geburtenziffern und mit anormal geringer Sterblichkeit. Die Erdbevölkerung hat in dieser Zeit sicherlich zugenommen und sehr wahrscheinlich mehr zugenommen als vor dem Krieg.

Natürlich ist die Feststellung, dass die Erdbevölkerung nicht geringer oder gar grösser sei als vor dem Kriege, ein magerer Trost für eine Nation, deren Bevölkerungsbilanz für die Kriegszeit deutlich passiv ist.

Abgesehen vom bolschewistischen Russland wurde in denjenigen Provinzen, die das neue Baltikum bilden, ein Bevölkerungsdefizit im Umfang von $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{3}$ der Vorkriegsbevölkerung festgestellt ³⁾. Diese Fälle stachen am meisten hervor. Und die alten und neuen französischen Departemente haben einen Bevölkerungsverlust von 2 bis $2\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern zu verzeichnen ⁴⁾.

Wenn man jedoch das Problem vom nationalen Standpunkt aus betrachtet, so muss man nicht allein die Bevölkerungsverluste durch Tod in Rechnung ziehen, sondern auch die Bevölkerungsverchiebungen oder die nicht eingetretenen Verschiebungen von einer Nation zur andern: die Repatriierung von Auswanderern, die Annexion von Territorien und Veränderungen im Um-

¹⁾ Vgl. *W.F. Willcox, Population and the World war in Journal of the American Statistical Association*, Juni 1923, S. 704.

²⁾ Knibbs schätzte sie 1914 auf 1649 Millionen. Vgl. *The Theory of large Population-aggregates*, in *Metron*, Bd. I, Nr. 1, S. 122. *The mathematical Theory of Population*, Melbourne 1917, S. 31 und 33.

³⁾ Lettland zählte am 1. Januar 1914 2.552.000 Einwohner und am 1. Januar 1922 1.813.000, also eine Verminderung von 30 %. Vgl. hierzu *La Lettonie, Etat actuel et possibilités d'avenir d'une des Républiques baltiques*, Riga, April 1922.

⁴⁾ Vgl. *Willcox*, a. a. O. S. 709.

fang und der Richtung der laufenden Auswanderung. Für Frankreich hat die Annexion von Elsass-Lothringen mit einer Vorkriegsbevölkerung von 1.900.000 Seelen zum grossen Teil die Verluste der alten Departemente wieder aufgewogen¹⁾. Die Hindernisse, die der Einwanderung von denjenigen Staaten entgegengesetzt wurden, die während des Krieges keine Bevölkerungsverminderung zu verzeichnen hatten und auch jetzt noch von Vermehrung sprechen können, haben mehr, als es sonst der Fall gewesen wäre, die Einwohner derjenigen Länder, die unter dem Kriege besonders gelitten haben, in ihren Grenzen zurückgehalten. Die Auswanderung geht dagegen nach solchen Ländern hin, deren Bevölkerung durch den Krieg bedeutende Einbusse erlitten hat. So haben die Restriktionen, die die Vereinigten Staaten und Kanada der Einwanderung auferlegt haben, die italienische Auswanderung beschränkt; diese fand zum Teil Zuflucht in Frankreich und blieb zum grössern Teil im Vaterland zurück. Diese Tatsache und die nicht weniger wichtige Repatriierung während des Krieges hatten zur Folge, dass die italienische Bevölkerung, selbst wenn man von den neuen Provinzen absieht, im Jahrzehnt 1911 bis 1921 nicht nur absolut, sondern auch relativ sich stärker vermehrt hat als in den beiden vorhergehenden Friedensdezennien. In der gleichen Richtung müssen diese Restriktionen auf den Wiederaufbau der Völker Ungarns, Österreichs, Rumäniens und der neuen baltischen und slawischen Staaten gewirkt haben. Die Repatriierung aus dem bolschewistischen Russland genügt für die baltischen Staaten sicher, um die Lücken auszugleichen, die bei Beendigung der Feindseligkeiten festgestellt worden sind.

Wie bei allen Krisen, die ein biologischer oder sozialer Organismus durchmacht, entstanden auch bei den Krisen, die durch den Krieg hervorgerufen wurden, zahlreiche kompensierende Faktoren. Sie haben vermutlich bewirkt, dass man, sobald neue Volkszählungen es für alle Staaten möglich machen werden, die Veränderungen der Kriegs- und der Nachkriegszeit in der Einwohnerzahl festzustellen, wahrnehmen wird, dass diese Veränderungen viel geringer sind, als man nach den festgestellten Verlusten hätte erwarten sollen.

Kompensierende Momente bestanden ausserdem in der qualitativen Veränderung der Bevölkerung. Die Kriegsgefallenen, mindestens diejenigen, die ihren Verwundungen erlegen sind, stehen sicher über dem Durch-

schnitt der Bevölkerung, wenn nicht sozial, so doch hinsichtlich ihrer Körperkonstitution. Diese Behauptung ist weniger sicher für diejenigen Kriegsteilnehmer, die Krankheiten zum Opfer gefallen sind, und sie ist auf alle Fälle negativ für die Toten der Zivilbevölkerung, die durch Krankheiten über die normale Sterblichkeit hinaus umgekommen sind. Es ist schwer zu sagen, welches das Resultat dieser verschiedenen Komponenten ist. Aber, wenn auch die Qualität der infolge des Krieges Gestorbenen im Durchschnitt über der allgemeinen Bevölkerung steht, so muss daran erinnert werden, dass die Eingewanderten und die an der Auswanderung Verhinderten unzweifelhaft hinsichtlich ihrer physischen Kräfte zum Vorteil der Nation über dem Durchschnitt stehen. Krankheiten und Verwundungen haben sicherlich viele Personen zur Arbeit ungeeignet gemacht oder doch geschwächt. Aber andererseits hat das Leben im Krieg und vor allem die durch die Kriegsindustrie gesteigerte Geschicklichkeit der Arbeiter nicht ohne gute Früchte bleiben können, die den heutigen Arbeitsertrag vermehren.

Die im Kriege an Wunden und Krankheiten Erlegenen standen — das ist sicher — in der Blüte ihres Lebens und auf dem Höhepunkt ihrer produktiven Fähigkeiten. Das gilt aber in vermehrtem Masse für die Eingewanderten oder an der Auswanderung Verhinderten. Ausserdem vermindert der Geburtenrückgang für die produktiven Schichten der Bevölkerung den prozentualen Anteil der noch nicht erwerbsfähigen Kategorien. Die Kinder, die infolge des Krieges nicht geboren wurden, wären sicher Nachkommen von Kriegsteilnehmern gewesen, die mindestens vom Gesichtspunkte ihrer physischen Kräfte als überlegen anzunehmen sind. Dagegen kommen verschiedene andere Momente in Betracht, Selektion, sorgfältiges Ernähren und Aufziehen, welche bewirken, dass die während des Krieges geborenen Nachkommen von Zivilisten und von Soldaten nicht von geringerer Konstitution sind. Und wahrscheinlich entsteht nach dem Kriege sogar ein Nachwuchs, der den in normalen Zeiten gezeugten übertrifft. Es ist also weder vom wirtschaftlichen noch vom eugenetischen Standpunkt aus ein merklich verschlechternder Einfluss des Krieges auf die Menschheit zu befürchten¹⁾.

Diese kurze Analyse der hauptsächlichsten ökonomischen Wirkungen des Weltkrieges gibt uns, wenn ich nicht sehr irre, das Recht, zu vermuten, dass die Entwicklung des Reichtums der einzelnen Staaten und der

¹⁾ Die Bevölkerung von Elsass-Lothringen belief sich 1910 auf 874.000 Einwohner mit einer mittlern jährlichen Zunahme von 12.000 Einwohnern in den letzten 5 Jahren. Vgl. *H. Bunle, L'Alsace et la Lorraine économique*, Strassburg, S. 7. Frankreich zählte in seinen alten Grenzen 39.602.000 Einwohner im Jahre 1911 und in seiner neuen Ausdehnung im Jahre 1921 39.210.000. Vgl. *Bulletin de Statistique générale de la France*, Oktober 1922, S. 41.

¹⁾ Für den eugenetischen Gesichtspunkt vgl. meinen Artikel *La guerra dal punto di vista dell' eugenica* in *Metron*, Bd. I, Nr. 4, sowie denjenigen von *Boldrini* und *Crosara*, *Sull' azione selettiva della guerra fra gli studenti universitari italiani*, am gleichen Orte, Bd. II, Nr. 3.

Für die wirtschaftlichen Wirkungen vgl. *Il costo della guerra* in *Problemi Sociologici della guerra*, Bologna 1921, S. 194—198.

ganzen Erde nicht auf die Dauer behindert sein wird. Und die Feststellung, dass auch die früheren Kriege in dieser Entwicklung nur schwache Spuren hinterlassen haben, kann uns in unserem Urteil höchstens bestärken.

17. Wir haben sogar gesagt, dass es nach einigen Kriegen den Anschein hatte, als ob das Volksvermögen einen neuen Aufschwung genommen hätte, gerade, als ob neue Faktoren der Bereicherung aus den Konflikten entsprungen wären.

Wir müssen daher diejenigen Faktoren, welche die Produktion und die Akkumulation der Vermögen bestimmen, betrachten.

Jeder Akt der Produktion wird vollzogen unter Antrieben, die genügen, um gewisse Hindernisse zu überwinden. Diese Antriebe sind entweder der allgemeine Trieb zu schaffen und zu erwerben (*istinto di produrre*) oder das Bedürfnis nach Gütern, die durch Produktion und Erwerb geschafft werden.

Die Produktivtätigkeit der zivilisierten Nationen leitet sich in der Hauptsache aus diesen beiden Trieben her. Sie entspringen zum Teil der Gewohnheit, zum Teil, und zwar zum grössern Teil, der Selektion, welche diejenigen Individuen und Bevölkerungen begünstigt hat, in welchen diese Triebe besonders stark Wurzel gefasst haben und welche daher williger arbeiten. Die Unterschiede in der Arbeitswilligkeit bei den am meisten fortgeschrittenen Nationen, bei den halbzivilisierten und bei den primitiven hängt eben gerade von der verschiedenen Intensität dieser Triebe ab. Sie bestimmt das Mass dieser Produktionsfaktoren.

Diese Triebe geben sozusagen die notwendige Basis für alle Produktion. Sie wird von einem Mal zum andern bestimmt und geleitet von den Bedürfnissen des Menschen. Sie wird um so stärker sein, je stärker und zahlreicher die Bedürfnisse. Diese Bedürfnisse hängen ihrerseits von dem Geschmack der einzelnen und den Mitteln, über die sie verfügen, ab; die Mittel, über die sie verfügen, wiederum vom gesamten Volksvermögen, von der Zahl der Besitzenden und den Verteilungsformen.

Das Hindernis für die Produktion besteht in den Opfern, die für die Überwindung der Unlustgefühle gebracht werden müssen. Diese sind bald grösser und bald kleiner und richten sich nach subjektiven und objektiven Bedingungen. Objektive Bedingungen sind die Produktionsfaktoren, die in grössern oder kleinern Mengen vorhanden sind, und in ihrer Lage zum Produktionsort und in ihrem allgemeinen Verhalten (Produktionsfaktor Arbeit) sehr verschieden sind. Die subjektiven Bedingungen kann man in verstandes- und gefühlsmässige (*conoscitive e affettive*) trennen; verstandesmässig sind sie je nach dem grössern oder kleinern Grad von Vertrautheit mit den Eigenschaften der

Rohmaterialien und der Naturkräfte, die der Produktion dienstbar gemacht werden. Gefühlsmässig ist dagegen das grössere oder kleinere Opfer an Lust, das zur Überwindung der Arbeitsmühe in einem bestimmten Produktionsvorgang aufgebracht wird.

Übertreffen die Triebe die Widerstände, die sich der Produktion entgegenstellen, nicht, so kann diese nicht vor sich gehen. Angenommen, die Zahl der produktiven Arbeiter eines Landes sei konstant, so wird die Produktion um so ergiebiger sein, je intensiver die genannten Triebe oder je kleiner die Widerstände sind. Angenommen, der Stimulus der Triebe, der sich in normalen Zeiten und kurzen Zeiträumen nur unmerklich ändern kann, sei konstant, so bleibt die Produktion eines Landes sich gleich, wenn die Arbeitswiderstände, die zu überwinden sind, und die Bedürfnisbefriedigung, die durch die Produktion vor sich geht, sich gegenseitig die Wage halten. Dagegen wächst sie an oder vermindert sich je nach dem Vorwiegen des einen oder andern Faktors.

Was für Wirkungen kann nun der Krieg auf die Faktoren, die in der Produktion wirksam sind, ausüben?

Es sind die verschiedensten Wirkungen möglich. Ist der Instinkt durch die Erziehung oder die Gewohnheit gestärkt, so wird der Krieg ihn bei den am Kampfe Teilnehmenden schwächen und in der Militär- und Zivilbevölkerung, die in der Kriegs- und Friedensindustrie arbeitet, stärken. Ausserdem vollzieht der Krieg eine Auswahl unter den Menschen: er scheidet durch Tod und Verwundungen einerseits die Tollkühnsten und Unvorsichtigsten aus und andererseits die Schwächsten durch Krankheiten unter Militär- und Zivilpersonen. Es ist schwer zu sagen, in welchem Masse die Ausgeschiedenen sich von der allgemeinen Bevölkerung durch ihren Produktionstrieb unterscheiden hätten. Mindestens kann der nicht widerlegt werden, der die Behauptung aufstellt, dass dieser Instinkt im allgemeinen in den Stärkern grösser ist als in den Schwächern und dass er mehr verbunden ist mit einem ruhigen und zielsichern Charakter als mit einem unklugen, unvorsichtigen und draufgängerischen.

Sehr verschieden sind die Wirkungen, die der Krieg auf die Produktionswiderstände ausübt.

Es gibt kurze und glückliche Kriege, die mit geringem Kraftaufwand eine grosse Kriegsbeute sichern. Sie waren früher recht häufig und kommen heute noch zwischen Völkern vor, bei denen die Gewohnheit kriegerischer Plünderungszüge besteht. Es gibt auch andere Kriege, die die Produktion in einer bessern Lage zurücklassen als bei ihrem Beginn, wenn sie auch lang und von wechselndem Glück für den einzelnen Kriegführenden sind. Die Opfer, welche sie vom Volke verlangt haben, absorbieren nur bis zu einem gewissen Grade die Zu-

nahme des Reichtums, wie wir das in den Vereinigten Staaten und in Japan während des Weltkrieges beobachten konnten. Im allgemeinen kann man aber sagen, dass die modernen Kriege die Organisation der Wirtschaft im Niedergang zurückliessen, mindestens im Zustand verminderter Produktionsfähigkeit, verglichen mit den Friedenszeiten.

Sie wecken daher auch in der Nachkriegszeit die objektiven Produktionswiderstände in vermehrtem Masse.

Jedoch wird auch ein langer Krieg die subjektiven Hindernisse gefühlsmässiger Art steigern, indem er der Militär- und Zivilbevölkerung eine Kraftanstrengung zumutet, die bis zur Entkräftung führt und die bei der Wiederaufnahme der friedlichen Arbeit Arbeitsscheu zur Folge hat. Die Trägheitswelle nach Kriegsschluss war sicherlich eines der Haupthindernisse, wenn nicht gar das alleinige Hindernis, das der Wiederaufnahme normaler Produktion entgegentrat.

Der Krieg verringert aber auch die subjektiven Hindernisse intellektueller Natur; denn er gibt Anlass zu Erfindungen und Entdeckungen und nützlichen Einrichtungen, die auch für die Friedensproduktion nutzbar gemacht werden können. Dieser Einfluss scheint gerade in einigen frühern Kriegen in starkem Masse vorhanden gewesen zu sein, z. B. in den amerikanischen Sezessionskriegen, in den napoleonischen Kriegen, und er wird wahrscheinlich auch für den Weltkrieg nicht unwichtig sein. Ich betone «wahrscheinlich», denn wir werden erst nach längerer Zeit in der Lage sein, seine Tragweite zu übersehen. Diesem Umstand kann man zum grossen Teil die Tatsache zuschreiben, dass die Arbeitsergiebigkeit der Arbeiter, wie man verschiedentlich behauptet, zugenommen hat. Auch insofern er aus den Bedürfnissen herrührt, ist der Antrieb zur Produktion durch den Krieg mannigfach beeinflusst worden.

Wenn der Krieg das Anwachsen des Volksvermögens im Verhältnis zu der vorhandenen Bevölkerung verzögert oder einschränkt, so wird der Trieb in dem Masse anwachsen, als der Reichtum pro Kopf der Bevölkerung abnimmt. Dies wird die übliche Wirkung der modernen Kriege sein. Auch das Anwachsen der Ungleichheit in der Verteilung des Reichtums ist nach den allgemeinen Beobachtungen eine Folgeerscheinung der modernen Kriege und scheint zum selben Resultat zu führen; denn es wird bei gleichbleibendem Gesamtvermögen das Wohlbefinden gewisser Schichten verringert.

Die Kriege spielen aber eine besonders wichtige Rolle für die Geschmacksbildung der Bevölkerung. Was hier gesagt wird, gilt insbesondere für die modernen Kriege, die auf einem weitverzweigten System von freiwilliger und obligatorischer Rekrutierung basieren und die auch von einer ebenso eingreifenden Mobilisierung

der Zivilbevölkerung begleitet sind. Diese Rekrutierung und diese Mobilisierung berühren notwendigerweise am stärksten die untern Volksschichten. Doch üben gerade auf diese Schichten Nationalideale und — wegen ihrer geringern Bildung und ihrer niedrigeren Lebenshaltung — auch ökonomische Überlegungen nur geringern Einfluss aus. Man muss ihnen daher möglichst günstige Lebensbedingungen schaffen durch reichliche Entlohnung und reichliche und gute Nahrung. Dies ist natürlich auch nötig, um die Widerstandskraft der Kämpfenden und der Arbeiter auf der Höhe zu erhalten. Andererseits ist der Krieg aber auch der grosse Gleichmacher. Das grössere oder geringere Vermögen ist kein rechtliches Motiv für unterschiedliche Behandlung, auf alle Fälle noch weniger als in Friedenszeiten. Die untern Klassen gewöhnen sich so während des Krieges an eine weniger schlechte Lebensführung, als sie stillschweigend in früheren Zeiten auf sich genommen haben. Sie betrachten es auch als ungerecht, dass die Lebensführung in erster Linie abhängig sein soll von dem ererbten Reichtum. So wachsen ihre Bedürfnisse und zugleich die Intensität des Verlangens nach Befriedigung. Dieser Einfluss ist um so fühlbarer, je schlechter ihre Lebensbedingungen vor dem Kriege waren; er ist deshalb auch bei den armen Nationen besser bemerkbar als bei den reichen.

Wenn wir die verschiedenen Folgeerscheinungen des Krieges für die Produktionsfaktoren betrachten, so sehen wir, dass die Kriege, ob sie nun die Produktionstriebe vermindern (Arbeitsentwöhnung durch den Krieg) oder die Widerstände vermehren (Desorganisation des wirtschaftlichen Lebens für die Zwecke der Friedensproduktion und Ermüdung der Arbeiterschaft), keinen bleibenden, sondern nur vorübergehenden Einfluss haben. Die wichtigsten Momente unter denjenigen, welche den Trieb zur Produktion erhöhen (Reichtumsabnahme pro Kopf der Bevölkerung und wachsende Ungleichheit in der Verteilung desselben, erhöhte Bedürfnisse und grössere Intensität des Verlangens nach Befriedigung von seiten der breiten Masse der Bevölkerung, Selektion der Elemente, die in grösserem Masse den Trieb zu produzieren besitzen) und welche die Widerstände für die Produktion verringern (bessere Ausnutzung der Kapitalien), haben viel längere Dauer, wenn diese Wirkungen auch meistens nicht sofort eintreten.

Diese Analyse lässt den Schluss zu, dass in den Zeitabschnitten nach dem Kriege die nationale Produktion sich wohl verringern, dass sie aber nach und nach wieder an Intensität gewinnen wird. Und wenn diese Intensivierung erst einmal die Wirkung hatte, den persönlichen Wohlstand auf den Vorkriegsstandard zurückzuführen, so bleiben noch verschiedene Ursachen, wie z. B. die erhöhten Bedürfnisse der Masse der Bevölkerung und die bessere Ausnutzung der Kapitalien, welche

die Produktion intensiver gestalten werden, als sie ohne den Krieg gewesen wäre.

18. Jedoch bedeutet grössere Produktion nicht notwendigerweise auch grössere Akkumulation. Die Akkumulation ist bestimmt durch die Differenz zwischen Produktion und Konsumtion. Die erhöhten Bedürfnisse rufen einerseits wohl eine intensivere Produktion hervor, aber andererseits führen sie auch zu stärkerem Konsum. Es wird notwendig sein, für das Problem der Akkumulation die Analyse zu wiederholen, die wir für die Produktion gemacht haben.

Auch die Akkumulation wird durch einen Akt hervorgebracht, welcher die Auswirkung verschiedener Antriebe ist, bestimmte Widerstände zu überwinden.

Das Motiv kann sowohl dem Triebleben als der Vernunft entspringen. Man kann entweder zu bewussten Zwecken oder aus Instinkt akkumulieren.

Der Trieb zu akkumulieren kann, wie der Produktionstrieb, die Frucht der Erziehung oder der Gewohnheit sein. Personen, die im Gedanken grossgezogen wurden, dass es Pflicht sei, den Familienreichtum zu vermehren, oder diejenigen, die in der ersten Zeit ihres Lebens gezwungen waren, Ersparnisse zu machen, um eine Familie gründen zu können und sich einen gewissen Wohlstand zu sichern, sparen ganz instinktiv, ohne zu überlegen, welcher Gebrauch mit der Frucht ihres Sparens gemacht werden könne. Weniger wichtig als für den Produktionstrieb ist dagegen der Einfluss der Selektion auf die Verbreitung des Akkumulationstriebes. Es ist ja bewiesen, dass die reichsten Schichten den relativ kleinsten Geburtenzuwachs aufweisen. Wenn man daher annimmt, dass im Existenzkampf diejenigen begünstigt werden, die die Anlagen zum Sparen in sich haben, so ist noch nicht gesagt, dass diese mit ihrer Nachkommenschaft an der Bildung der zukünftigen Generationen in grösserem Masse Anteil haben werden als die weniger vorsorglichen Personen oder deren Nachkommen.

Wenn nun in einem Lande vorwiegend unter dem Einfluss der Triebe akkumuliert wird, so braucht es nicht unbedingt zu geschehen, dass bei anwachsender Bevölkerung auch der einzelne den Trieb habe, sein Vermögen zu vermehren; es genügt, wenn er darauf bedacht ist, dasselbe zu erhalten.

Dieser Instinkt ist sicher viel tiefer verwurzelt als der Trieb zu akkumulieren, und auf ihn hat sicherlich die Selektion am meisten Einfluss ausgeübt.

Es ist zum mindesten wahrscheinlich, dass er auf den Wunsch, Vermögen zu akkumulieren und zu erhalten, analoge Einflüsse ausgeübt hat wie auf den Produktionstrieb. Zur Schau getragene Verschwendung schwächen die Wirkungen der Erziehung und der Gewohnheit, und

die Elimination derjenigen Individuen, die, weniger vorsorgend und weniger lebensbejahend, diesen Trieb in viel geringerer Intensität besitzen, wurde begünstigt.

Die *bewusste Akkumulation* von Reichtum hängt von der Grösse des vorhandenen Vermögens und von den Bedürfnissen der Personen ab. Man wird im Hinblick auf verschiedene Ziele sparen: entweder, um die eigenen Nachkommen in gleichen oder bessern Verhältnissen zurücklassen als die, in denen man erzogen worden ist, oder um einen Spargroschen für sich selbst auf die Seite zu bringen, der vor Not im Falle von Krankheiten und Alter schützt, oder um die Lebenshaltung beizubehalten oder zu verbessern.

Die Vorsorge für mögliche Krankheiten und für das Alter ist aber nur eine schwache Triebfeder für das Sparen. Solange der Zusammenhang der Familien stark ist, wird man für solche Eventualitäten auf ihn zählen. In neuerer Zeit, da die Familienbände sich lockern, ist es das System der Versicherungen, die die Möglichkeit bieten, das Risiko dieser Gefahren auszuschalten, ohne dass man noch irgendwie zur Akkumulation privater Vermögen schreiten müsste.

Die Sorge um das Schicksal der eigenen Erben, insbesondere der Nachkommen, ist ein nicht ungewöhnliches Motiv des Sparens, wenn Sparen auch nur eines unter vielen Mitteln der Vorsorge ist. Es ist noch ein anderer Ausweg vorhanden, der häufig gewählt wird: Der Verzicht auf die Eheschliessung, ein Hinauszögern derselben, oder eine Beschränkung der Kinderzahl. Sehr oft wird dieser Weg beschritten, der das Sparen dann weniger nötig macht.

Das häufigste Motiv des Sparens ist sicherlich der Wunsch, den Grad der Lebenshaltung, an den man von Kind auf gewöhnt ist, aufrechtzuerhalten oder zu verbessern. Für die Nichtbesitzenden kann ein von Kind an gewohnter Lebensstandard natürlich kein Antrieb zum Sparen sein; auch nicht für die reichen Klassen, in denen die geringe Zahl der Kinder und das häufige Absterben kinderloser Verwandter den Nachkommen vielfach automatisch zu gleichen oder bessern Lebensverhältnissen verhelfen, als sie die Eltern kannten. Dies Motiv ist aber sehr häufig in denjenigen Bürgersfamilien, die ihre Familienvermögen an eine grössere Zahl von Personen vererben als sich vorher in seinen Besitz teilten. Schliesslich ist aber doch der Wunsch, die Lebenshaltung zu verbessern, für alle Klassen ein Motiv des Sparens.

Die bewusste Akkumulation hat immerhin Widerstände verschiedener Art zu überwinden, die sich in zwei Gruppen zusammenfassen lassen. Es besteht einerseits die Notwendigkeit oder der Wunsch, das vorhandene Vermögen zu verbrauchen, und andererseits die Unge-

wissheit über die zukünftige Verfügungsgewalt über das akkumulierte Vermögen.

Der Krieg beeinflusst auf verschiedene Arten den Antrieb zur bewussten Akkumulation und die Widerstände, die sich ihr entgegenstellen. Der Antrieb nimmt in gleichem Masse zu, als der akkumulierte Reichtum durchschnittlich abnimmt und als die Lebensführung breiter Schichten gehoben wurde. Die Widerstände dagegen wachsen in dem Masse, als die Sicherheit des Besitzes abnimmt. Ausserdem erhöht sich im Krieg die Konsumtion, und die dafür bereitstehenden Mittel schrumpfen zusammen.

Nun ist in verschiedenen Ländern in der Nachkriegszeit die Sicherheit des Besitzes durch demagogische Strömungen verringert worden. Diese aber haben heute, abgesehen vom bolschewistischen Russland, zum grössten Teil ein Ende genommen. Das Anwachsen der Bedürfnisse, das, wie wir gesagt haben, eines der offensichtlichsten Ergebnisse des modernen Krieges ist, bringt einerseits eine Erhöhung der Konsumtion und andererseits der Lebensführung mit sich. Wenn man von Bedürfnissen spricht, die ausschliesslich durch Güter, die man unmittelbar dem Konsum zuführt, befriedigt werden können (z. B. das Bedürfnis nach Nahrung), so entspricht einer Bedürfnissteigerung im einzelnen Falle nicht notwendigerweise eine Erhöhung der Mittel, sondern sie kann zum Verbrauch des bereits akkumulierten Vermögens führen. Spricht man aber von Bedürfnissen, die sich nicht ohne das Vorhandensein von Komplementärgütern befriedigen lassen (wie Häuser, Pferde, Fahrzeuge, Kleider, Schmuck), so kann das Anwachsen des Konsums nicht ohne ein gleichzeitiges Anwachsen der Mittel vor sich gehen. Nun hat das Anwachsen der durch den Krieg bestimmten Bedürfnisse, wie schon erwähnt, einen ganz allgemeinen Charakter und ist nicht nur auf die dem unmittelbaren Konsum bestimmten Güter beschränkt, wenn es auch einige derselben vorwiegend betrifft.

Wenn es jedoch möglich ist, dass in einzelnen Fällen das Anwachsen des unmittelbaren Konsums der Güter dazu führt, vorhandenes Vermögen anzugreifen, so wird das für die Allgemeinheit nicht möglich sein. Niemals wird es Normalzustand werden. Der Teil des akkumulierten Vermögens, den man unmittelbar verbrauchen kann, kann tatsächlich die vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln, Kleidern, Schmuck- und Luxusgegenständen und ähnlichem nicht übersteigen. Darüber hinaus würde jeder Konsum ein Angreifen des akkumulierten Vermögens bedeuten, und zwar müsste man sich desselben durch Verkauf entäussern oder es mit Schulden belasten.

Man muss nach einiger Zeit in der Hauptsache zu Effekten und immobilien Vermögensstücken greifen,

wenn man etwas veräussern will; denn das nicht in Effekten bestehende bewegliche Vermögen ist, zu seinem grössern Teil, in den Produktionsprozess eingeordnet oder besteht in direkt dem Konsum dienenden Gütern. So haben einige Nationen nach dem Krieg im Ausland Schulden kontrahiert oder haben an Ausländer inländische Effekten und bewegliches Vermögen verkauft mit der Absicht, für den notwendigen Lebensmittelbedarf aufzukommen, für den die verminderte Produktion nicht genügte. Aber die ausländischen Staaten und Privaten verloren sehr bald das Vertrauen in eine Nation, die sich selbst nicht genügen konnte, verschlossen ihr den Anleihenmarkt und weigerten sich, ihre Kapitalien bei ihr zu investieren. Die Nation wurde dadurch genötigt, ihre eigene Produktion zu vermehren, wollte sie ihre gesteigerten Bedürfnisse nach direkten Konsumgütern befriedigen.

Diese Überlegungen machen verständlich, dass die Wirkungen des Krieges auf die Akkumulation wohl in der ersten Zeit ungünstig sein kann, in späterer Zeit aber dazu neigen, sie zu begünstigen. Dazu kommt, wie schon erwähnt, dass die Produktion, wenn sie anfangs auch abnehmen mag, sich nach und nach zu vermehren strebt, und zwar stärker, als dies sonst der Fall gewesen wäre; dadurch werden zuerst die Akkumulationshindernisse verstärkt, später abgeschwächt. Ebenso ist die Einwirkung des Krieges auf die triebhafte Akkumulation nur vorübergehend, soweit sie ungünstig wirkt, dauernd aber für ihren günstigen Teil, nämlich die Selektion der sparenden Individuen.

Alle diese Ausführungen bestätigen die Richtigkeit der Annahme, von der wir ausgegangen sind: *dass nämlich die modernen Kriege nicht allein die Reichtumsbildung der Nationen nicht substantiell verhindert haben, sondern für dieselben der Ausgangspunkt zu neuem Aufschwung waren.*

19. Die hauptsächliche Ursache für dieses Geschehen ist in der Bedürfnisvermehrung, die der Krieg bei den untern Volksschichten erweckt, zu suchen.

Wir waren nach Schluss des Krieges über die Ansprüche der Bauern und Arbeiter ziemlich aufgebracht. Jede Familie wollte ihr Pferd. Die Mädchen verlangten seidene Taschentücher und Strümpfe, elegantes Schuhwerk und Hüte, und bei Tisch hielt man auf Fleisch und Wein. Es kann nicht geleugnet werden, dass diese Ansprüche eine der Ursachen waren für die soziale Bewegung und das wirtschaftliche Missbehagen der Nachkriegszeit. Aber es hat sich um vorübergehende Bewegung und vorübergehendes Missbehagen gehandelt. Wenn die untern Schichten Fleisch und Wein und Pferde und seidene Taschentücher und Strümpfe und elegantes Schuhwerk und Hüte wollen, so werden sie es haben. Da aber nie-